

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 72.

Mittwoch, den 25. März 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das wöchentliche Unterhaltungsblatt.

Eine Reminiszenz.

R. K. Zu den preussischen Herrnhäusern, die sich am kräftigsten für die Entelung der Polen ins Zeug legten, gehörte der Oberbürgermeister von Frankfurt a. M., Adickes. Es war ein grausamer Witz des Schicksals, daß es gerade diesen strebsamen Oberbürgermeister dazu verleitet, der preussischen Brutalität Vorpostendienste zu leisten. Vor 42 Jahren hat nämlich eben diese Brutalität einen Vorgänger des Herrn Adickes zum Selbstmord getrieben. Daran sei kurz erinnert.

Es ist selbstverständlich, daß dem wegen seiner Verschwendung weit hin bekannten Preußen im Jahre 1866 die reiche Stadt Frankfurt ganz besonders in die Augen fiel. Am 16. Juli rückte der preussische General Vogel von Falckenstein, dessen einzige Heldentat 1870 in der Gefangennahme von ein paar deutschen Sozialdemokraten bestand, an der Spitze der Division Goeben in Frankfurt ein. Bei dem Gedanken an den preussischen General von Goeben müssen wir schon wieder schmunzeln. Nicht etwa wegen der Allensteiner Tragödie, an der gewiß nichts zu lachen ist, sondern wegen des Generals von Goeben höchstselbst. Selbiger General war nämlich ein geborener Hannoveraner, was ihn aber nicht hinderte, 1866 an der Abwehr der Selbständigkeit seines Vaterlandes hervorragenden Anteil zu nehmen. Doch kehren wir zu unserem Thema zurück. Als die Preußen glücklich in Frankfurt waren, gingen sie in ihrer listigsten Manier daran, den Frankfurter Liebe und Verehrung für den Hohenzollern nachzubringen, d. h. sie drangalierten sie nach Noten. Zunächst mußten die preussischen Truppen in Frankfurt besonders gut versorgt werden, außerdem hatte die Stadt 6 Millionen Gulden Kontribution zu zahlen. Der ganze Regierungsapparat, Senat, gesetzgebender Körper und Bürgerkollegium wurden förmlich außer Tätigkeit gesetzt und der älteste Bürgermeister Doktor Fellner, sowie der Senator Doktor Müller zu Assistenten des kommandierenden preussischen Generals gemacht. Die Redakteure der einflussreichen Zeitungen wurden kurzerhand in Haft genommen. Das nämliche Schicksal widerfuhr den Senatsmitgliedern Freiherrn von Bernus und Doktor Spels. Auf ihren Protest wurde ihnen erwidert, daß man sie nur deswegen einsperre, damit sie keine Gelegenheit hätten, ihre anti-preussische Gesinnung zu betätigen. Ferner wurden sämtliche Frankfurter Turn-, Wehr- und Schützenvereine aufgelöst. Am 19. Juli trat an die Stelle Vogel von Falckensteins der preussische General Freiherr von Manteuffel. Er konnte es noch besser. Vor allem forderte er von der Stadt eine Kontribution von 25 Millionen Gulden. In Worten: Fünfundsanzwanzig Millionen Gulden! Zugleich ließ er die Drohung, daß er die Stadt beschließen lassen werde, wenn sie die geforderte Summe nicht bezahle. Da geriet der älteste Bürgermeister Dr. Fellner in eine solche Verzweiflung, daß er seinem Leben ein Ende machte.

Auch das rührte das russische Herz nicht. Bismarck ließ den Frankfurtern auch noch die Absperrung des ganzen Bahns-, Post- und Telegraphenverkehrs in Aussicht stellen. Selbst Waren und Menschen wollte er nicht mehr hineinlassen, d. h. er wollte das offene Frankfurt, das von den preussischen Truppen schon besetzt war, wie eine belagerte feindliche Festung behandeln. Endlich hatte man schon vorher die einflussreichsten Bürger mit massenhaften Zwangseinquartierungen bedacht. Kurz, Preußen maltreatierte die Frankfurter derart, daß sie sich, nur um von diesen Brutalitäten endlich erlöst zu werden, willig in die Armerien fügten.

Die Behandlung, die Preußen 1866 von Frankfurt erhielt, obwohl es keine Festung war und dem Einrücken der preussischen Truppen keinen Widerstand entgegengesetzt hatte, stellt in Anbetracht der Zeit, in der sie geschah, einen ewig zum Himmel flinkenden Skandal vor.

Und 42 Jahre später eilt ein Nachfolger des unglücklichen Dr. Fellner nach Berlin, um dem offiziellen Preußen eine Vorlage durchdrücken zu helfen, die ein würdiges Seitenstück zu dem Tun Falckensteins und Manteuffels in Frankfurt ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Saubengelkomödie.

Der „Streik“ der bürgerlichen Journalisten im Reichstage erregt zwar allenthalben nicht geringes Aufsehen, und uns aber dennoch ein wenig albern anmuten. Schon

die Solidarität der gesamten bürgerlichen Presse, die sonst nicht scharf genug gegen alle Streiks vorgehen kann, ist ein höchst verdächtiges Zeichen. Wer hätte je gedacht, daß die Zeitungsunternehmer soviel Empfindung für die Ehre ihrer Angestellten haben, sie, die ihre Zeilenknechte tagtäglich wie „Saubengels“ behandeln, die sie auf die Straße werfen, sobald sie ihre politischen Anschauungen nicht den Anschauungen des Verlegers unterordnen. Wir erinnern nur an die skandalöse Affäre des Gothaer Blattes, das bei der letzten Reichstagswahl, als der Prinz Hohenlohe kandidierte, plötzlich seine jahrelang beobachtete Haltung völlig revidierte und den Redakteur, der diese Saubengelerei nicht mitmachen wollte, einfach aufs Pflaster warf. Heute erklärt natürlich auch dieses Blatt seine begeisterte Solidarität mit den streikenden Journalisten des Reichstages.

Wen wollen die Herrschaften eigentlich damit täuschen? Man nehme mal an, Herr Bülow, der ja ebenfalls, wie männiglich bekannt, ein begeisterter Verehrer des Saubengels ist, hätte die Journalisten beschimpft? Glaubt denn irgendwer in der Welt, die bürgerliche Presse hätte in diesem Falle den Mut gefunden, den Streik ihrer Reichstagsjournalisten — falls er wirklich zum Ausdruck gekommen wäre — zu unterstützen? Die Frage ist leicht zu beantworten durch den Hinweis auf ganz ähnliche Beschimpfungen der bürgerlichen Presse durch Bismarck, gegen die diese Presse niemals protestiert hat. Jetzt aber ist's kein Reichskanzler, jetzt ist's ein simpler Abgeordneter, ein Zentrumsmann, noch dazu ein Blockgegner! Ei, damit läßt sich Geschäfte machen. Haut ihn! Haut ihn! Es lebe die Ehre der Journalisten!

Diese Komödie ernst nehmen zu wollen, wäre ein politischer Fehler, zu dem sich die Parteipresse auch durch kein eingebildetes Solidaritätsgefühl mit der bürgerlichen Presse verleiten lassen darf. Zwischen den Angestellten der bürgerlichen und der Parteipresse besteht nur eine äußerliche, wir möchten sagen technische Ähnlichkeit, indem sie beide für Zeitungen schreiben. Im übrigen aber haben sie nichts miteinander zu tun. Die Vertreter der bürgerlichen Presse sind Angestellte eines kapitalistischen Unternehmens; die Mitglieder der Parteipresse dagegen sind Vertrauenspersonen der Partei, deren erste Aufgabe der Kampf gegen diese bürgerliche Presse ist. Diese Sachlage wollen wir uns durch keine Sentimentalitäten trüben lassen, und am allerwenigsten durch ein Solidaritätsgeschwätz mit Leuten, die bisher für jeden Streik, den Arbeiter inszenierten, den infamsten Hohn und die blutigste Verpötlung übrig hatten.

Das wird die Parteipresse natürlich nicht hindern, den Streik der Reichstagsjournalisten mitzumachen und ihn auch zu unterstützen, da eine gute Sache noch nicht deswegen schlecht wird, weil schlechte Leute sie durchführen.

Inzwischen ist der Konflikt beigelegt worden. Der Abg. Gröber hat gestern am Schlusse der Plenar-sitzung folgende Erklärung abgegeben: In der Sitzung des Reichstages vom 19. März hat der Abgeordnete Erzberger in einer Rede über die Kolonialpolitik gesagt: „Der Eingeborene ist auch ein Mensch, ausgestattet mit einer unsterblichen Seele und zu derselben ewigen Bestimmung berufen als wir.“ Nach Anhörung dieser Worte — wie ich ausdrücklich hervorheben will, verzeichnet der unkorrigierte, amtliche stenographische Bericht: Unruhe und Zwischenrufe von der Journalistentribüne. Lebhafteste Entrüstungsrufe aus der Mitte. Glocke des Präsidenten. An den lebhaften Entrüstungsrufen aus der Mitte war auch ich beteiligt. Das Gelächter von der Journalistentribüne war so auffallend, daß ich mit anderen Kollegen den Eindruck gewonnen habe, es handelt sich um eine Verhöhnung des Inhaltes der Ausführungen des Redners. Ich möchte hinzufügen, daß ich wenige Tage vorher, nämlich in der Abend-sitzung vom 16. März, durch einen Zuruf von der Journalistentribüne gestört worden bin, einen Zuruf, der dann vom Präsidenten gerügt wurde. Der stenographische Bericht über die Sitzung vom 19. März bestätigt, daß solche Störungen von der Journalistentribüne auch sonst wiederholt erfolgt sind. (Sehr richtig im Zentrum.) Wenn ich in Erinnerung an diese Vorgänge der letzten Zeit und angesichts des Ernstes der vom Redner behandelten Frage meiner Entrüstung über das Gelächter einen unparlamentarischen Ausdruck gegeben habe, so bitte ich um Entschuldigung.“ (Beifall.)

Die Versammlung der Reichstags-Journalisten nahm folgende Resolution an: „Die Journalisten der Reichstagstribüne nehmen Kenntnis von der unter dem Drucke der Fraktionen des Reichstages abgegebenen Entschuldigung des Abgeordneten Gröber. Sie erkennen an, daß damit das Haus sich bemüht hat, die Verfehlung eines Mitgliedes den Journalisten gegenüber zu sühnen, und nehmen mit Rücksicht auf die Interessen des Landes und des Parlaments vom Donnerstags an die Arbeit wieder auf.“ Die Resolution wurde mit 70 Stimmen angenommen. Zwei Herren enthielten

sich der Abstimmung. Die Journalistensammlung faßte ferner folgenden Beschluß: „Die Reichstagsjournalisten sprechen der deutschen Presse für die einmütige und würdige Unterstützung im Kampfe ihren Dank aus und heben die Sperre über die Reichstagsverhandlungen auf.“

Bülow und der Journalistenstreik.

Für Montag war eine große Rede von Bülow im Reichstage angekündigt, da der Etat des Reichskanzlers zur Beratung stand, die ihm Gelegenheit geben sollte, seine Politik in helles Licht zu rücken. Aber was nützt die schönste Rede, wenn sie nicht gedruckt in die Welt hinausgeht, sondern in Zukunft nur ein stilles Dasein in den amtlichen Stenogrammen führt, da ist es um die Mühe zu schade. Und so ließ Bülow am Montag die anderen reden und zog für seine Person das Schweigen vor.

Am Dienstag war jedoch Rat geschafft, daß die Bülowischen Redereien nicht ganz im Dunkel der Nichtöffentlichkeit verschwinden. Das offizielle Wolffsche Telegraphenbureau hat, wohl einem sanften Druck nachgebend, sich bereit finden lassen, die Bülowische Rede zu verbreiten. Und so ging sie denn vom Stapel. Da die einzelne Rede jedoch kein Bild von den Verhandlungen geben kann, so glauben wir, auf deren Wiedergabe verzichten zu sollen.

Vom „arbeiterfreundlichen“ Zentrum.

In der Stadt Limburg an der Lahn haben 250 Geschäftsleute sich mit einer Eingabe an den Reichstag gewandt, um gegen eine Verschärfung der Sonntagsruhe Stellung zu nehmen. Die Verkaufszeit an Sonntagen dauert bisher von 1/2 12 bis 4 Uhr; es ist klar, daß unter diesen Umständen für die Angestellten von einer Sonntagsruhe nicht die Rede sein kann, sie haben nicht einmal einen freien Vormittag oder einen freien Nachmittag für sich. Jetzt soll durch Ortsstatut die Verkaufszeit auf die Stunden von 1/2 12 bis 2 Uhr festgelegt werden. Das wäre eine geringe, aber durchaus noch nicht genügende Verbesserung der Sonntagsruhe, von der erst in wirklichem Sinne bei völligem Ladenschluß die Rede sein könnte. Man sollte nun meinen, daß eine Partei, die sich laut ihrer Arbeiterfreundlichkeit rühmt, sich im Interesse der Angestellten auf das entschiedenste dem kurz-sichtigen Begehren der Limburger Ladenbesitzer entgegenstellen würde. Das Zentrum aber denkt anders, denn sein führendes Organ, die „Germania“ bemerkt zu der Eingabe:

Jedenfalls würde es sich empfehlen, eine ernste Prüfung der Verhältnisse eintreten zu lassen, ehe man die für Großstädte etwa nötigen Beschränkungen auch auf die ganz anders gearteten Verhältnisse des ländlichen Landes und der Kleinstädte überträgt.

Als ob die Angestellten der kleinen Laden nicht ebenso sehr oder nicht noch mehr unter der Ausnutzung ihrer Arbeitskraft zu leiden hätten, wie in großen Geschäften, und als ob ein Ladengeschäft in einer Kleinstadt nicht ebenso gut das Bedürfnis nach einem freien Sonntag hätte, wie in einer Großstadt. Aber es ist die alte Praxis des Zentrums, nur Schäden und Gefahren am Großbetriebe und in der Industrie zu sehen, dagegen die Landwirtschaft, den Kleinhandel und das Handwerk möglichst zu schonen — der ultramontanen Bauern, Krämer und Zünftler wegen, auf deren Stimmen es angewiesen ist.

Der Freisinn und die Börse.

Nachdem die freisinnige Fraktionspresse eine Woche lang die Enthüllungen der „Morgenpost“ totzuschweigen versucht hatte, veröffentlicht sie die Erklärung eines Herrn Fasquel, der versichert, daß der Gedanke, Herrn Gerschel als Kandidaten aufzustellen, seinem Kopfe entsprungen sei und daß er von Herrn Gerschel für diese Wahl kein Geld bekommen habe. Die Behauptungen der „Morgenpost“, daß der Freisinn vom Großkapital abhängig sei, daß insbesondere Herrn Gerschels Verdienste um die Partei in reichen Geldbeiträgen und in der Verjüngung des Herrn Müller-Sagan durch einen guten Aufsichtsratsposten bestanden habe, wird durch diese Erklärung nicht getroffen. Kennzeichnend für die Dementiermethode der „Freis. Zig.“ ist es, daß sie als Urheber des angeblichen „Verleumdungsfeldzugs“ den „Vorwärts“ angibt. Sie fürchtet wohl mit Recht, daß ihre eigenen Leser stutzig werden würden, wenn sie erfahren würden, daß die anrüchliche Geschichte von der „Morgenpost“ erzählt wurde, also von einem freisinnigen Blatt, das die Dinge von innen und aus kennt.

Die Ersatzwahl in Emden-Deer.

Zu dem Ergebnis der Wahl am 19. d. M. bemerkt unser Parteiblatt in Bant u. a.: „Der Verlust der Sozialdemokratie ist wohl auf die schlechte Geschäftslage in den großen Städten Ostfrieslands zurückzuführen, wodurch viele Arbeiter zur Abwanderung gezwungen worden sind. Die Zunahme der Freisinnigen dürfte der Person ihres Kandidaten

bidaten zuzuschreiben sein, der als eingeseffener Offizier und Landmann der noch sehr lokalpatriotisch empfindenden Bevölkerung näher stand als der Hamburger Großkaufmann."

Die Aussichten der Antisemiten in der Stichwahl scheinen sich noch ungünstiger zu gestalten, als es zunächst den Anschein hatte. Die Nationalliberalen wollen ihnen keine Heeresfolge leisten. Der „Hann. Cour.“ schreibt am Schlusse eines längeren Artikels: „Die Stichwahlausichten sind für die Antisemiten herzlich schlecht. Ohne Frage wird ein großer Teil der nationalliberalen Wähler in der Stichwahl für Segler eintreten. Ein antisemitische Wahlsieg muß unter allen Umständen verhindert werden.“

Ebenso bemerkt die „Köln. Ztg.“: „Der Wahlkampf ist zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen in einer Form geführt worden, daß ein Zusammengehen bei der Stichwahl durchaus möglich ist.“

Eine Anfrage.

Eine Woche ist es jetzt her, seitdem der „Hannoversche Kurier“ und die „Vorwärts“ Zeitung“ festgestellt, daß der ganze Vorgang für die Verzögerung des ehrengerichtlichen Verfahrens gegen den Grafen Hohenau darin liege, daß Hohenau sich bereits in einer privaten Heilanstalt befindet; von dem Urteil der Ärzte soll es abhängen, ob er geistig gesund ist und ob das Verfahren fortgesetzt oder eingestellt wird.

Wir fragen hiermit an: warum hat die offiziöse Presse, voran die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die eine Meldung der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, daß das Ehrengericht bereits geurteilt habe, eifrig dementierte, auf die Meldungen jener beiden Blätter noch nicht eine Zeile erwidert? Wenn das nicht bald geschieht, so gilt es in der Öffentlichkeit als festgesetzt, daß man wieder mal Verbrechen eines der Edelsten der Nation mit dem christlichen Mantel der Unzurechnungsfähigkeit bedeckt!

Rußland.

Eine Aufsehen erregende Maßnahme ist vom Zaren getroffen worden. Wie aus Petersburg berichtet wird, findet auf Befehl des Zaren eine außerordentliche Besichtigung aller russischen Kriegshäfen und Küstenbefestigungen in der Ostsee und im Schwarzen Meere statt. Mehrere Admirale sind zur Vornahme dieser Besichtigung, die innerhalb von zehn Tagen beendet sein muß, am Sonntag von Petersburg abgereist. Durch die internationale Lage ist diese außerordentliche Besichtigung sicherlich nicht veranlaßt worden. Denn die allgemeine politische Situation erscheint gerade jetzt beruhigter denn je. Wie es scheint, hängt diese Maßnahme mit den Schwierigkeiten zusammen, auf die das Flottenbauprogramm der russischen Regierung in der Reichsduma gestossen ist.

Ägypten.

Unabhängigkeitsbewegung. Noch nie, seit die Engländer den Sultan Abdülmehid II. niedergeschlagen und das Land „okkupiert“, das heißt in britischen Besitz genommen haben, hat die Unabhängigkeitsbewegung so weite Kreise der Bevölkerung ergriffen, wie jetzt. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß die unteren Schichten des Reichs erfolglos Abwehrkämpfe und schließliche Niederlage von Eingeborenen, die sich gegen die in ihr Dorf in Brand steckende und auf ihre Frauen schießende englische Offiziere zur Wehre gesetzt hatten, bei den sonst so gefügigen und geduldsamen Ägyptern eine Erbitterung erzeugt hat, die nur noch eines äußeren Anlasses bedarf, um loszubrechen. Die Engländer kennen das Gefährliche ihrer Situation natürlich gut genug und haben Vorsichtsmaßregeln getroffen. So sind die eingeborenen Truppen zum größten Teil nach dem Sudan geschickt worden, um sie dem Einfluß der „Wähler“ zu entziehen, und die Befestigungen von Malta und Cypern werden bereit gehalten, um im Notfall einzugreifen. Aber wenn einmal wieder im ganzen Niland die Empörung ausbricht, dürften die Engländer doch böse Erfahrungen machen; denn sie haben eine fürchterliche Saat blutigen Hasses ausgesäet, die blutig aufgehen wird.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, den 24. März 1908.

Dr. Wortführer Dr. Görg eröffnet die Sitzung um 6 Uhr 20 Min.

Senator Dr. Eschenburg erklärt zunächst als Antwort auf verschiedene gezeigte Fragen, daß den Arbeitern der Gaswerke ein Urlaub bis zu 6 Tagen gewährt wird, weiter, daß die Summe von 18000 Mk. für die Friedhöfe usw. von der Behörde als notwendig betrachtet und deshalb eingestellt wurde, und schließlich, daß die Einnahmen aus Schloß Rangau und dem alten Spritzenhaus in der Abrechnung der Verwaltungen erscheinen.

Der Wortführer Dr. Görg teilt mit, daß gestern für einen Beamten 100 Mk. zu wenig bewilligt worden sind. Die Bürgerschaft bewilligt diese Summe nach.

Otte meint, daß das diesjährige Budget mancherlei Mängel enthält, denn bei wesentlich gestiegenen Ausgaben beträgt das Defizit nicht viel mehr als 20000 Mk. Dennoch hat der Voranschlag auch mancherlei Schwächen; deshalb muß parlamentarisch gewürdigt werden. Projekte, die nicht unbedingt notwendig sind, wie der Bau einer Schwimmhalle, dürfen vorläufig nicht zur Ausführung kommen. Besonders vorzüglich muß man aber sein, wenn man etwa die Einkommensteuer in den oberen Klassen noch mehr anziehen wollte. Ich habe zu den maßgebenden Körperschaften das unbedingt Vertrauen, daß sie alle Ausgaben, die nicht unbedingt notwendig sind, vermeiden werden.

Senator Eschenburg jagt möglichst Sparsamkeit zu. Stellung: Der Vorredner hat mir Recht davon, daß die Finanzlage unseres Staates uns zwingt, Sparsamkeit walten zu lassen. Allerdings kann ich ihm nicht darin folgen, daß diese Sparsamkeit bei den Schulen und Beamten angewendet werden soll. Es wäre traurig bestellt um ein Staatswesen, das auf diesen Gebieten sparen würde. Meines Erachtens wäre aber Sparsamkeit wohl am Platze bei den Einnahmeverbindlichkeiten des Staates, sowie bei den zur freien Verfügung des Senates im Etat ausgelegten 4000 Mk. Es ist nicht nötig, daß man bei jeder Gelegenheit Gesetze etc.

auf Staatskosten voranstaltet und daß Ehrenpreise für Redaktionen und Rennen vom Senate gestiftet werden. Voraus ist nun die schlechte Finanzlage unseres Staatswesens, sowie der Einzelstaaten überhaupt zurückzuführen? Auf die im Reiche erfolgende ständige Steigerung der ohnehin enormen Aufwendungen für Heer, Flotte und unsere Kolonien. Der Herr Senatskommissar hat jedoch bestätigt, daß wir demnächst mit erhöhten Aufwendungen für das Reich und geringeren Anteilen seitens desselben rechnen müßten. Wie stellt sich der Vertreter der Hansestädte im Bundesrat zur geplanten Veredelung der Matrikularbeiträge resp. welche Stellung nehmen Sie dazu ein? Es ist notwendig, daß auch wir uns mit dieser Frage beschäftigen. — Um unsere Finanzlage zu verbessern, ist es notwendig, neue Einnahmequellen zu schaffen. Ich habe hier die Einführung der Wertzuwachssteuer — mit der man in anderen Gemeinden gute Erfolge erzielt hat — sowie der Vermögenssteuer im Auge. Wir stehen weiter vor der Abänderung der Einkommensteuer, die hoffentlich eine Entlastung der niederen Einkommen mit sich bringt. Die Arbeiter wollen gerne die Steuern zahlen, die zur Erhaltung des Staatswesens nötig sind. Sie wollen also Pflichten dem Staate gegenüber übernehmen, verlangen aber auch Rechte. Und da hapert es hier bei uns ganz gehörig. Im Jahre 1905 ist eine Wahlrechtsänderung vorgenommen worden, die von weiten Kreisen der Bevölkerung als äußerst ungerecht empfunden worden ist. Man hat ein Wahlrecht geschaffen, das in der Stadt und den Vorstädten bei jeder Erziehung rund 33 Prozent der wahlberechtigten Bürger das Recht gibt, 30 Vertreter wählen zu können, während rund 67 Prozent nur 4 Vertreter wählen dürfen. Das ist eine Ungerechtigkeit ohne gleichen. Man sollte sich hier die Worte eines Ministerpräsidenten zu eigen machen, der besagt hat, daß auch bei Gemeindevahlen auf dem Altar der Politik der wirklichen Freiheit, der Demokratie, Opfer dargebracht werden und daß nicht die Fähigkeit, die Kosten des Staatswesens zu tragen, maßgebend sein müsse, sondern der persönliche Wert und die Tüchtigkeit. Allerdings handle es sich bei diesem Ministerpräsidenten, der diese Worte gebraucht habe, um einen ungarischen (Waise: Uha!) Wir aber wollen doch nicht hinter Ungarn zurückweichen und müssen deshalb die Tüchtigkeit dieser Wahlberechtigten anerkennen. Warum ist nun j. Zt. die Wahlrechtsveränderung vorgenommen worden? Aus Furcht vor der Sozialdemokratie. Klipp und klar wird in dem Bericht der Bürgerausschusskommission gesagt: Man war sich von vornherein darüber einig, daß die Senatsvorlage unbedingte Sicherheit gegen eine sozialdemokratische Mehrheitsherrschaft auf verhältnismäßig einfachem Wege gewähre. Man hat damals mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln gearbeitet, um die Wahlrechtsveränderung vorzunehmen. Da wurde z. B. selbst in der Senatsvorlage auf eine angebliche Aufzählung von 10000 durch die Hansestädte werden wir in den Bundesrat einziehen“ Bezug genommen, trotzdem dabei diese Äußerung ausdrücklich dementiert hat und dieselbe unsererseits wiederholt als Unwahrheit gekennzeichnet worden ist. Es ist weiter damals begründend gesagt worden, daß den steuerkräftigen Schichten der Bevölkerung der ihnen gebührende Einfluß auf die Gesetzgebung eingeräumt werden müsse. Hierbei ist aber vergessen worden, daß die Arbeiter die Grundpfeiler des Staatswesens bilden. (Zuruf von Lauenstein: Die Landwirte.) Auch die Landwirte sind nicht anders als Arbeiter. Den Arbeitern aber müssen, da sie gleiche Pflichten haben, gleiche Rechte gewährt werden. Das geschieht aber nicht durch das heutige Bürgerwahlrecht. Deshalb stelle ich folgenden Antrag: Die Bürgerschaft ersucht den Senat, ihr baldigst eine Vorlage entgegenzubringen, nach welcher bei den Wahlen zur Lübeck-Bürgerschaft das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht auf der Grundlage des Verhältniswahlrechts eingeführt wird. — Das Verhältniswahlrecht System ist bei der letzten Wahlrechtsänderung eingeführt worden. Eine Anzahl Bürgerchaftsmitglieder, unter anderen Herr Dr. Wittern, waren die Befürworter desselben; allerdings auf anderer Grundlage, wie ich es wünsche. Das Proportionalwahlrecht ist in verschiedenen Staaten eingeführt worden, z. B. in Württemberg. In Bayern, in Oldenburg will man das selbe ebenfalls einführen. Durch Ablehnung meines Antrages würden Sie dokumentieren, daß die Ideen des Bürgerturns nicht mehr zugängig in der Bevölkerung sind; sie würden damit diesen Ideen das Todesurteil schreiben. Üben Sie Gerechtigkeit, eingehend des Wortes: Gerechtigkeit erhöht ein Volk.“ Beseitigen Sie die im bestehenden Wahlrecht herrschende Ungerechtigkeit und nehmen Sie meinen Antrag an.

Senator Eschenburg: Für mich ist die Wahlrechtsfrage erledigt, nachdem erst vor kurzem das Wahlrecht, das bisher ein allgemeines und gleiches war, geändert werden mußte. Schuld daran ist die Haltung der Sozialdemokratie gewesen. Die Lasten des Reiches, die durch ein starkes Heer und eine große Flotte entstehen, werden von uns allen, sicherlich auch vom Herrn Vorredner, gern aufgebracht werden. An den Ehrenaufgaben des Senates ist nichts zu sparen. Die Steuern, die der Vorredner erwähnt hat, sind nicht neu und werden zweifellos später, wenigstens teilweise, zur Einführung gelangen.

Buchwald warnt davor, große Summen für nicht absolut notwendige Neubauten auszugeben. So ist der geplante Bau einer Hochbrücke vorläufig durchaus nicht notwendig. Sparsamkeit hat bisher nicht die Bürgerschaft walten lassen — die hat in den letzten Jahren alle größeren Bauten bewilligt — sondern der Senat. Auch an den sachlichen Aussagen der Behörden könnte gepart werden.

Prof. Dr. Baethcke ist ebenfalls dafür, daß die Behörden Sparsamkeit üben. Redner warnt vor einer Erhöhung der Staatsschuld, die eine Erhöhung der Zinsenlast im Gefolge haben würde. Geplant kann werden bei der Einstellung hochbezahlter Beamter. Die Behörden mögen auch prüfen, ob nicht von den vorgelegenen 100000 Mk. für Nachbewilligungen etwas zurückgelegt werden kann.

Senator Eschenburg: Das Budget ist so auf gemacht, daß es der Wirklichkeit nach Möglichkeit entspricht.

Wissell: Wir sind uns zwar über das Schickel des Antrages Stellung von vornherein klar gewesen, doch halten wir es für notwendig, immer wieder für eine Verbesserung des Wahlrechts einzutreten. Es ist wiederholt behauptet worden, wir seien an der Änderung des Wahlrechts schuld gewesen. Eine solche Behauptung ist geradezu lächerlich. Sie haben uns, bevor wir hier im Hause waren, überhaupt nicht genannt. Wir haben unsere Kräfte stets in den Dienst des Staates gestellt und das Beste herauszufinden versucht. Auf Grund welcher Tatsachen können Sie sagen, wir wirken nicht im Interesse des Staates? Wenn die Bürgerschaft auf Grund des allgemeinen, gleichen Wahlrechts gewählt worden wäre und jüngere Kräfte an Stelle der sitzenden Herren säßen, so würde meiner Überzeugung nach in anderer Beziehung Sparsamkeit gewirkt werden. Professor Baethcke hat darauf hingewiesen, daß wir in der Sitzung am vorigen Montag für die Anstellung eines Direktors des Statistischen Amtes genehmigt und dadurch dem Herr. Senatsantrage zur Annahme verholten haben. Wir haben das getan, weil wir einen solchen Beamten für notwendig halten. Herr Professor Baethcke hat gestern auch für den Bau eines Gewerkschulhauses gestimmt, obwohl die Notwendigkeit desselben durchaus nicht nachgewiesen war. Redner bittet um Annahme des Antrages Stellung.

Senator Eschenburg gibt zu, daß die Sozialdemokraten in der Bürgerchaft stets tüchtig mitgearbeitet haben; dennoch habe er das Gefühl, als wenn die Sozialdemokraten die Partei über das Vaterland stellen.

Heinsohn: Wir geben in Lübeck zwei für die Verfassung; im allgemeinen muß ich jedoch das Bauen bestürmen. Es müßten diese Staatsbauten jedoch in erster Linie dem hiesigen Gewerbe zugute kommen, was leider jetzt nicht immer der Fall ist. Redner führt Tatsachen an, wo Arbeiten an Staatsgebäuden an auswärtige Unternehmer vergeben worden sind, obwohl sie in Lübeck recht gut ausgeführt werden könnten.

Senator Eschenburg und Senator Dr. Stooss erklären, daß die Staatsarbeiten möglichst an hiesige Unternehmer vergeben werden.

H. Bape: Die Wertzuwachssteuer wird in der Weise wirken, daß viele Grundstücke in die Hände weniger Kapitalisten gelangen; sympatisch ist mir die Einführung der Vermögenssteuer. Eine Erhöhung der Einkommensteuer würde zweifellos den Bewilligungseifer verschiedener Bürgerchaftsmitglieder wesentlich einschränken. Überhaupt sollten Bürgerchaftsmitglieder keine Staatsarbeiten erhalten. Für den Antrag Stellung werde ich stimmen, obwohl ich nicht dafür bin, daß 20-jährigen jungen Herren und Frauen das Wahlrecht gegeben wird; auch werden wir gewisse Kandidaten bez. der Unfähigkeit verlangen. Redner geht sodann auf den Bau der Segeberger Bahn und die Hochbrücke ein.

Senator Dr. Eschenburg: Das Projekt der Bahn Lübeck-Segeberg unterliegt noch der Prüfung der in Betracht kommenden Körperchaften.

Peters tritt für eine Biersteuer ein und meint, daß sich in der Beschränkung der sozialdemokratischen Bürgerchaftsmitglieder der Meister gezeigt hätte. Redner ist für Sparsamkeit bei den Beamten und Schulen.

Prof. Dr. Baethcke ist der Meinung, daß die Arbeiter von der Sozialdemokratie trennen werden, wenn sie erkennen, wie wenig die Sozialdemokratie für die Arbeiter getan hat; hoffentlich wird das Herr Wissell nicht erleben.

Wissell: Senator Eschenburg hat gesagt, er habe das Gefühl, als ob das nationale Empfinden bei uns nicht leitend mitwirkt. Es wird also Gefühlspolitik getrieben. Man hat einen gewissen Gegensatz zwischen den Arbeitern und ihren sozialdemokratischen Führern zu konstruieren versucht. Die führenden Leute in der Sozialdemokratie sind zum größten Teile, wie ich selbst, Arbeiter gewesen und durch das Vertrauen der Arbeiter auf ihren jetzigen Posten gestellt worden. Wenn Prof. Baethcke meint, er hoffe, daß ich es nicht mehr erleben werde, daß die Arbeiter erkennen, wie wenig die Sozialdemokratie für sie geleistet habe, so gibt er damit zu, daß er selbst nicht davon glaubt, daß die Arbeiter sich wenigstens in einer Generation von der Sozialdemokratie abwenden werden.

Jenne: Aus den Ausführungen des Herrn Wissell geht hervor, daß der Antrag Stellung nur aus agitatorischen Gründen gestellt worden ist. Von der Sozialdemokratie scheidet uns deren internationaler Charakter. Die Sozialdemokraten hier im Saale beschließen vorher, wie sie stimmen sollen, während wir unserer freien Meinung Ausdruck verleihen. Die Repräsentationskosten des Senates sind eher zu niedrig als zu hoch; auch die Sozialdemokraten brauchen solche Gelder. Geplant kann werden an den überaus zahlreichen Hilfsarbeitern. Er habe noch niemals gefunden, daß sich in den Bureaus jemand überanfreugt habe.

Senator Eschenburg: Die Frage, ob das Gemeindebudget und das Staatsbudget zu vereinfachen sind, wird im Senat geprüft. Lübeck hat zu viele Brücke, aber zu wenig indirekte Steuern. Andere Städte haben Schlachtsteuer, Geflügelsteuer usw.

Heinsohn vertritt nochmals seinen Standpunkt bezüglich der Vergütung von Staatsarbeitern.

Wissell: Wenn die Sozialdemokraten in der Bürgerschaft in allen bedeutenderen Angelegenheiten in gleicher Weise stimmen, so erklärt sich das einfach daraus, daß wir ein festes kommunales Programm besitzen, von dessen Grundsätzen wir uns nicht lassen. Ihnen fehlt ein solches Programm und deshalb sind für Sie Unentscheidbarkeiten maßgebend. Wir wissen auf Grund unseres Programms beispielsweise schon jetzt, wie wir uns zum Verwaltungsgericht verhalten; wir lehnen dasselbe ab, weil wir gegen die Sondergerichte sind. Übrigens möchte ich bei dieser Gelegenheit fragen, wie es mit dem in Aussicht gestellten Bericht der Kommission, die diese Vorlage zu prüfen hat, steht?

Stelling: Wenn wir hier Anträge stellen, so geschieht das, weil uns unsere Überzeugung das gebietet. Herrn Bape erwidere ich, daß mir allerdings meine, daß man jungen Leuten, die man für würdig hält, das Vaterland zu verteidigen, die Steuern zahlen müssen, auch das Wahlrecht geben muß. Herr Bape hat sich auch gegen das Wahlrecht der Frauen erklärt, obwohl er noch gestern die Frauen zur Armenpflege heranziehen wollte. Ich möchte diesen Widerspruch hier feststellen. Aus Gründen der Gerechtigkeit bitte ich um Annahme meines Antrages.

Fust: Die Schlachtsteuer dauert nur bis 1910; also werden sich die Städte, welche bisher bereits eine solche Steuer haben, nach anderen Einnahmen umsehen müssen. (Redner wird von heftigem Mienensturm befallen und muß deshalb seine Ausführungen abbrechen.)

H. Bape: Die Bestimmung, daß Staatsarbeiten nicht an Bürgerchaftsmitglieder vergeben werden, besteht auch andersorts. Ich werde für den Antrag Stellung stimmen, doch verlange ich eine zweijährige Unfähigkeit der Wähler.

Dühring ist für den Antrag Stellung, obwohl er mit dem dazu gegebenen Kommentar nicht einverstanden sei (Wissell ruf: das ist auch gar nicht nötig!)

Lippert: Herr Jenne hat gesagt, er habe noch nie gefunden, daß sich in den Bureaus jemand überanfreugt hat. Wie Herr Jenne zu dieser Ansicht kommt, weiß ich nicht. Vielleicht hat er die Gabe, den Schwanz zu reiben oder an den Fingerringen zu lehen. Dann wäre es am besten, Herrn Jenne zum Beamtenkontrollleur zu machen. Vielleicht läßt sich auch bei der nächsten Senatswahl ein anderer Ausweg finden.

Damit ist die Generaldebatte erschöpft. Der Antrag Stellung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen Volksparteier und des größten Teiles der Liberalen abgelehnt. (Schluß folgt.)

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Mittwoch, den 25. März.

Zug von Gärtnern und Gartenarbeitern nach Lübeck ist streng fernzuhalten, da sich sämtliche Gärtnerangelegenheiten im Auslande befinden. Auch für Kutscher sind die Betriebe gesperrt.

Achtung Maurer! Über sämtliche Putzarbeiten des Verwaltungsgebäudes des Steuerbüros, Firma Gömer und Heidenreich, ist seitens des Zweigvereins die Sperrverhängung — Der Zug von Maurern nach der Insel Fehmarn ist fernzuhalten.

Die Mannschaften des Fährbetriebes der Mitter Schiffer, Maschinenisten und Steuerleute sind ausgeperrt. In Zug ist fernzuhalten.

Zug nach der Grevensmühlener Malzfabrik ist strengstens fernzuhalten.

Zug von Mannern und Zimmerern nach Söhrmann in Travemünde ist streng fernzuhalten, da die Sperre über diese Firma verhängt ist.

Arbeiterruhe am 1. Mai. Die Schlichter beschließen in ihrer geistigen Mitgliederversammlung einstimmig, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu begehen. — Vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai d. J. beschloß der Lokalarbeiterband der Hafenarbeiter Lübeck's.

Die Bürgerchaft begann am Montag mit der Beratung des Voranschlags für 1908. Zunächst stand zur Debatte das Budget der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten. Genosse Wiffell benutzte dabei die Gelegenheit, mit Nachdruck für einen besseren Säuglingsklub einzutreten. Weiter verlangte unser Redner zu wissen, auf Grund welcher gesetzlichen Bestimmungen die Armenbehörde die Inhaftung des Armenarbeitshauses mit Gefängnis bis zu 7 Tagen bestrafen könne. Die Antwort vom Senatsstische war ein bedrückendes Schweigen. Der Vorsitzende des Wahlvereins der Liberalen, Lehrer Dühring, nimmt Anstoß an den roten Notizen der weiblichen Waisenhauskinder. Wir nehmen natürlich nicht an, daß die bei diesem Herrn auch ohne Vogenlicht- und Transparenzbelichtung gar häufig zu beobachtende Notizen den Anlaß zu seinen Ausführungen gegeben hat; im übrigen müssen auch wir betonen, daß die Tracht der Waisenkinder — und nicht nur die Kleidung — nichts weniger als schön ist. Die kurze Beratung des Budgets der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten endete mit der unveränderten Annahme desselben.

Den Rest des Abends nahm die Besprechung des Voranschlags der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten in Anspruch. Vom Genossen Wiffell wurden zunächst die mit den Arbeitern der Gasanstalt abgeschlossenen Arbeitsverträge kritisiert, die gegen die Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung verstoßen. Vom Senatsstische konnte gegen die Ausführungen unseres Redners sachlich nichts eingewendet werden; deshalb versuchte man es so hinzuzufügen, als ob Genosse Wiffell gegen die Arbeitsverträge an sich gesprochen hätte. Das wurde denn auch umgehend richtiggestellt.

Das Kapitel Friedhofs- und Begräbniswesen gab dem Genossen Wiffell erwünschte Gelegenheit, auf die Wirtschaft in der Kirchhofsgärtnerei hinzuweisen, durch welche den Begräbnisräumern eine Art Schmutzkonkurrenz gemacht wird. Verschiedene Positionen beantragte unser Redner zu kürzen resp. zu streichen. Die Antwort, die Wiffell vom Senatsstische erhielt, war gänzlich ungenügend, wie auch ein größerer Teil der erstklassigen Bürgerchaftsmitglieder zugeben mußte. Als freiwilliger Senatskommissar fungierte Pastor Gwers, der weniger durch seine sachlichen Äußerungen, als durch seine Persönlichkeit Interesse erweckte. Der Herr konnte es sich nicht verkneipen, dem Genossen Wiffell vorzuwerfen, daß er an allem mäkelt, das war ein Vorwurf, den sich unser Genosse mit aller Entschiedenheit verbat. Herr Gwers schloß dann für den Rest des Abends; er hätte besser getan, ebenso weise am Anfang der Debatte zu handeln.

Zu einer längeren Aussprache gab auch die Erhöhung der Grund- und Gebäudesteuer Anlaß. Die Sachwalter der Haus- und Grundbesitzer machten weniger gegen die Steuererhöhung, deren Berechtigung sie allerdings mit guten Gründen bestritten, Front, als Propaganda für die Abwälzung der Lasten auf die Schultern der Mieter. Wir sind gegen jede Sonderbesteuerung und vermögen uns schon aus diesem Grunde nicht mit dem Vorschlag der erhöhten Grund- und Gebäudesteuer einverstanden zu erklären. Noch viel weniger vermögen wir jedoch deren völlig unmotivierte gänzliche Abwälzung auf die Mieter zuzugeben.

Das Resultat des Abends war außer der Annahme des Voranschlags der öffentlichen Wohltätigkeitsanstalten und der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten, die Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Einführung einer Versicherung der freiwilligen Feuerwehrleute. Am Dienstag sollte die Staatsberatung fortgesetzt werden.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet heute Mittwoch, den 25. März, abends 7 Uhr, statt. Tagesordnung: 1. Staatsbudget für das Rechnungsjahr 1908. Eingabe des Vereins „Jüner Stadt“ an die Bürgerchaft, dafür eintreten zu wollen, daß die obere Engelsgrube verbreitert wird, auch dafür, daß über den Stadtgraben eine Brücke für Fuhrwerk errichtet wird, welche die innere Stadt mit dem nördlichen Teil der Vorstadt St. Lorenz verbindet.

Neuer Stadtgärtner. Der Senat hat den Garten-Architekten Gemin Albert Barth zum Stadtgärtner ernannt und seinen Amtsantritt auf den 1. April 1908 festgesetzt.

Zahlung der Fahrabgabe. Die nach dem Gesetz vom 18. März 1899, betreffend die Herstellung und Unterhaltung von Radfahrwegen, jährlich im voraus zu entrichtende Fahrabgabe für das Jahr — 1. April 1908 bis 31. März 1909 — ist in der Zeit vom 1. bis 15. April d. J. an den Werktagen täglich vormittags von 9 bis 11 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr an der Kasse des Polizeiamtes (Mengenstraße Nr. 4, Vorderhaus, 1. Treppe) zu zahlen. Die Abgabe — 3,00 Mk. — wird jedoch schon jetzt in den vorerwähnten Geschäftsstunden entgegengenommen. Etwaige Anträge auf Ermäßigung der Abgabe auf 1,00 Mk. (§ 5 des zweiten Nachtrags vom 12. Februar 1908 zu dem Gesetz vom 18. März 1899) sind ebenfalls selbst zu stellen unter Vorlegung des Einkommensteuerzettels.

Unfall. Am 23. d. M. ereignete sich folgender Unfall am Neubau der Maschinenbau-Altien-Gesellschaft, Interechnmer Tege-Damburg: Dortselbst werden die Steine mittelst Waggons an die Baustelle befördert; um die leeren Waggons wieder zurückzuführen, werden mehrere Arbeiter resp. Maurer in Anspruch genommen, darunter auch der Maurer F. Tege. Derselbe kam beim Ausweichen eines ihm entgegenkommenden Waggons mit der Hand hinter einen Pfosten des Waggons und ließ sich den Nagel des kleinen Fingers gänzlich aus, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte und auf längere Zeit arbeitsunfähig sein wird.

Solzverkäufe. Am Montag, den 30. März 1908, vormittags 10 Uhr, bei dem Gemeindevorsteher in Wehrendorf aus den Forstorten Absfelder Lannen, Berentstrücken, Laubenberg und Langenhörn, beginnend mit Nr. 161. 250 Dausen buchen Buchholz, 13 Dausen Nadel-Buchholz, 73 Fichten Stangen I zum Schnitt, 335 Fichten Stangen, II-IV. Klasse. — Forstrevier Waldhausen. Am Donnerstag, den 2. April d. J., vormittags 11 Uhr, sollen im Blöbischen Lokale öffentlich meistbietend verkauft werden: 7 Nm. Buchen Kluft- und Knüppelholz, 33 Nm. diverses und Nadelholz, 117 Nm. Eichen Kluft- und Knüppelholz, 4 Nm. Eichen Kollholz-Knüppel, 118 Dfn. Buchen und diverses Buchholz, 20 Cav. a 25 Stk. — 500 Stk. Eichen Drahtpfähle — 2 Mtr. lg., 16 Stk. Fichten Rüstungen, 20 Cav. a 8 Stk. Fichten Leiterbäume, 3 Cav. a 4 Stk. Fichten Bindebäume, 43 Cav.

25 Stk. Fichten Schleete Nr. 1 u. 11, 16 Cav. a 50 Stk. Fichten Baumpfähle, 15 Cav. a 100 Stk. Fichten Bohnenstangen.

Konsumverein für Lübeck und Umgegend. In dem gefrigen Bericht über die am 20. d. Mts. stattgefundene außerordentliche General-Versammlung dieses Vereins, befinden sich einige Irrtümer, die wir hiermit richtig stellen. In dem Bericht wird von der Unterstützungskasse des Zentralvereins Deutscher Konsumvereine gesagt, daß die Unterstützung nach einer fünfjährigen Mitgliedschaft 10 Proz. des Gehalts des betr. Versicherten betrage. Es sind dies nicht 10, sondern 20 Proz., demgemäß wird die in dem Beispiel angeführte Summe nicht 200, sondern 400 Mk. betragen. Auch fand die Gründung der Kasse 1905 nicht in Stettin, sondern in Stuttgart statt.

Stadtheater-Propositorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Auf die morgige Vorstellung der Oper „Der Waffenschmied“ möchten wir ganz besonders aufmerksam machen. Es ist dies wohl eines der populärsten Werke des Meisters; eine Fülle von Poesie und Melodienreichtum atmet sein Waffenschmied und sein echter Humor läßt bei den Zuschauern die behaglichste Stimmung aufkommen. Freitag wird „Die lustige Witwe“ zum letzten Male in dieser Spielzeit wiederholt. Für Sonnabend werden „Wohltätige Frauen“, Lustspiel von Arronge, einstudiert. Sonntag nachmittag geht zu kleinen Preisen die Operette „Der Zigeunerbaron“ in Szene, abends 7 1/2 Uhr wird zum ersten Male die interessante Novität von Gerhart Hauptmann „Kaiser Karls Geißel“ aufgeführt. Es wird diese Aufführung das Ereignis der Schauspielersaison.

Arbeiter, Parteigenossen!
Erwerbt
das lübeckische Bürgerrecht!

Mageburg. Von den bei dem Bootsunglück auf dem Mageburger See ertrunkenen acht Personen sind bislang erst 4 Leichen geborgen, die des Schuldners Berndt, des Oberjägers Bodzien, des Jägers Behrmann und eines Müllergesellen aus Hamburg, dessen Namen man nicht kennt. Der Fährwächter ist ein Herr Palmer, der in Hamburg wohnt. Es steht noch nicht ganz fest, ob nicht 9 Personen ertrunken sind, weil einige Gerettete bestimmt glauben, es seien 14 Personen im Boot gewesen.

Hamburg. Auswertung der Werftarbeiter in Sicht. Nachdem die Gruppe deutscher Seeschiffswerften des Verbandes deutscher Eisenindustrieller sich davon überzeugt hat, daß der Streik der Schiffbauer auf den Howardswerken in Kiel nicht als berechtigt angesehen werden kann, hatte die Gruppe die Wiederaufnahme der Arbeit und die Aufhebung der Sperre bis zum 21. März verlangt. Die Ausständigen kamen dieser Aufforderung nicht nach. Deshalb sind die Seeschiffswerften gezwungen, ab 28. März bis auf weiteres den Betrieb einzuschränken. — Kuppel. Die billige Demonstration der Reichstagsjournalisten gibt dem Organ des Wahren-Hofmann, den „Hamburger Nachrichten“, einmal wieder Anlaß, deutlich zu zeigen, was Genies Kind sie sind. Sie fordern die Reichstagsjournalisten auf, den Abgeordneten Gröber, der als Duckgegener wegen seiner beleidigenden Äußerungen nicht vor die Pöbele gefordert werden könnte, zur Rede zu stellen, zum Widerruf aufzufordern und, wenn er den verweigert, mit Brügel anzusetzen. — Umsonst hat der Hofmann keinen Orden vom Knuten-Faten erhalten. Er erweist sich dessen würdig, wo er nur kann.

Altona. Sozialdemokratische Landtagskandidaturen. Seitens der Vorstände und Vertrauensleute der untenstehenden Kreise sind zur bevorstehenden Landtagswahl, die voraussichtlich im Juni d. J. stattfinden soll, folgende Genossen als Kandidaten aufgestellt: Für den 8. Wahlkreis: Stadtkreis Altona mit Einschluß des Stadtteils Ottensen: Dr. Leo Krons-Berlin. Für den 16. Wahlkreis: Stadt Wandsbek und Kreis Stormarn: R. v. Rossbiski-Wandsbek. Für den 19. Wahlkreis: Herzogtum Lauenburg: Friedrich Lesche-Hamburg.

Kiel. Aufgehobenes Landgerichtsurteil. „Aus dem Reich des Herrn Studt“. Unter dieser Überschrift hatte die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ im vorigen Jahre einen Artikel abgedruckt, durch welchen sich die Regierung in Schleswig, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, beleidigt fühlte. Auf den von dieser Abteilung gestellten Strafantrag verurteilte am 29. Oktober v. J. das Landgericht Kiel den verantwortlichen Redakteur Bernhard Karl Vorkhardt zu 50 Mk. Geldstrafe. Über die Revision des Angeklagten wurde am 24. Februar vor dem Reichsgerichte verhandelt. Der Reichsanwalt beantragte die Aufhebung des Urteils, da er der Ansicht war, daß nicht die genannte Abteilung der Regierung, sondern der Regierungspräsident den Strafantrag hätte stellen müssen. — Das Urteil wurde erst heute verkündet. Es lautete auf Aufhebung des Urteils und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht. Der Strafantrag wurde allerdings als ausreichend aufgehoben, da es sich um eine der Behörde selbst zugefügte Beleidigung handelte und die fragliche Abteilung als selbständige Behörde innerhalb ihrer Zuständigkeit befehlen könne und insofern die Regierung vertritt. Die Aufhebung erfolgte aber, weil der Antrag auf Verurteilung herbeigeführt worden ist.

Rendsburg-Wildesdorf. Ein Kulturbild im 20. Jahrhundert. Im „Rendsburger Wochenblatt“ war dieser Tage folgendes Interat zu lesen: „Eine Polensfamilie abzugeben. Reinberg, Habel.“ Herr Reinberg ist Hofbesitzer auf Habel. Auf welche Art und Weise Herr Reinberg in den Besitz der Polensfamilie gelangt ist, die er nun in gleicher Weise anbietet, wie man einen Wurf junger Hunde anzupreisen pflegt, wissen wir nicht. Aber der Wortlaut des Inserats läßt mit Deutlichkeit erkennen, welche Auffassung der Herr über die Freizügigkeit seiner Arbeiter hat. Da behauptet man noch, der Slavenhandel wäre aufgehoben.

Rostock. Versammlungs-Freiheit in Mecklenburg. Im Obotritenlande wurde 1851, nach Beilegung der Folgen der 1848er Revolution eine Verordnung erlassen, wonach öffentliche politische Versammlungen der Genehmigung der Regierung bedürfen. Als Begründung wurde ausgeführt, daß in den letztvergangenen Jahren öffentliche Versammlungen und Vereine zu politischen Zwecken verderbliche Einflüsse auf Ruhe und Ordnung ausgeübt hätten. Diese Verordnung ist noch heute mecklenburgisches Versammlungs-gesetz! Als nun dieser Tage der

sozialdemokratische Vertrauensmann für Rostock die Erlaubnis für eine öffentliche Versammlung nachsuchte, in der über die vom Großherzog angekündigte Verfassungsreform gesprochen werden sollte, erhielt er folgenden Bescheid: Die erbetene Genehmigung zur Abhaltung der für Mitte April geplanten Versammlung ist nicht zu erteilen.

Großh. meckl. Ministerium des Innern. Das Wappen der mecklenburgischen Lande ist beamtlich der Ochsenkopf.

Odenburg. Landtag. In der am Dienstag, den 24. März, vormittags 10 Uhr stattgefundenen Plenarsitzung wurde zuerst die Steuerreform für das Fürstentum Birkenfeld erledigt. Dieselbe bestand in 1. Änderung des Einkommensteuergesetzes in derselben Weise wie für das Fürstentum Lübeck. Freilassung der untersten Stufen bis 400 Mk. und Heraufhebung der Progression bis zu 5 Proz. statt im alten Gesetz 4 Proz. Auch hier wurde für kinderreiche Familien ein Abzug für jedes Kind von 100 Mk. durchgesetzt. 2. Einführung einer Vermögenssteuer bis zu 3/4 pro Mille. 3. Erhöhung des Stempels von 1/2 bis 1 Mk. pro 100 Mk. 4. Die Abwälzung der Schullasten, welche bisher der Staat getragen hat, auf die Kommunen wurde auch hier, wie für das Fürstentum Lübeck, abgelehnt. 5. Die Änderung der Kommunalbesteuerung in derselben Weise wie für das Fürstentum Lübeck wurde gegen den Willen der Abgeordneten aus Birkenfeld angenommen. Diese wollten absolut von der Erweiterung der Selbstverwaltung nichts wissen; bei ihnen würden sich die nötigen Personen, die hieran ein Interesse haben, nicht finden und die Mehrbelastung sei eine zu große. Rechneten dieselben doch eine Mehrbelastung, welche durch Einrichtung des Kommunalverbandes entstehe, von 250 000 Mk. heraus. Nur, die Abgeordneten aus Birkenfeld gaben sich die erdenklichste Mühe, die Vorlage zu Fall zu bringen; dieselbe wurde aber in namentlicher Abstimmung mit 32 gegen 6 Stimmen angenommen. 6. Abwälzung der Armenlasten auf die Kommunen. 7. Abwälzung der Wegekosten auf den Landesverband. Alsdann stand eine Petition des Bürgervereins Pant, Neubremen, Heppens und Neuende zur Beratung. Die betreffenden Vereine wünschten die Einführung der vierteljährlichen Steuererhebungen an Stelle der heutigen halbjährlichen Erhebungen. Eine Minderheit Schulz und Heidler beantragte, die Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, während die Mehrheit Prüfung empfahl. Der Antrag der Minderheit wurde abgelehnt, der Mehrheitsantrag auf Prüfung angenommen. Ferner stand eine Petition der Schlosser, Maschinenisten und Güterbodenarbeiter auf der Tagesordnung. Die Petenten wünschten Aufbesserung ihrer Löhne und Arbeitszeitverkürzung sämtlicher Arbeiter im Eisenbahnbetriebe der Stadt Odenburg. Die Mehrheit des Eisenbahnausschusses beantragt: Der Landtag wolle über die Petition zur Tagesordnung übergehen, aus dem Grunde, weil sich die Arbeiter nicht an die Direktion gewandt hätten und auch sonst ein auskömmlicher Lohn gezahlt werde. Eine Minderheit, der Abgeordnete Heitmann, will die Petition zur Prüfung überweisen. Im Laufe der Debatte wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten festgestellt, daß es in Odenburg noch eine ganze Reihe von Eisenbahn-Arbeitern gebe, welche noch nicht einmal 3 Mk. pro Tag verdienen. Von dem Abgeordneten Müller-Braake wurde der Antrag der Minderheit als Wahlmacht bezeichnet, was von dieser ganz entschieden in Abrede gestellt wurde. Als dann derselbe Abgeordnete seine etwas lähne Behauptung wiederholte, wurde dieses vom Abgeordneten Schulz als Gemeinheit bezeichnet.

Handels- und Markt Nachrichten.

Sternikau-Markmarkt
24 März.
Der Schweinehandel verlief gut. Rugeführt wurden 4500 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verbandschweine schwere 54-55 Mk., leichte 54-55. Säuen 48-53 Mk. und Ferkel 49-53 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, ist soeben eine Broschüre: Die preußischen Landtagswahlen von Dr. Leo Krons, erschienen. Genosse Krons gibt in derselben einen Überblick über die wichtigsten Eigentümlichkeiten des preußischen Wahlrechts, sowie eine übersichtliche Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen. Ein Anhang legt die Aufgaben dar für die sozialdemokratischen Vertreter in den Gemeindebehörden für die bevorstehenden Wahlen. Die Broschüre ist zum Preise von 20 Pfg. durch alle Parteibuchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Zum Todestage Ignaz Auer gibt die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, eine Gedenkgravüre des verstorbenen Vorkämpfers heraus. Das Bild ist sehr sauber in Kupferdruckmanier hergestellt. Die Blattengröße ist 21x28 Ztm., Kartongröße 40x53 Ztm. und zum Preise von 1 Mk., zuzüglich 20 Pfg. Porto, durch jede Buchhandlung zu beziehen. Eine kleine Anzahl erster Drucke auf feinstem Japanpapier sollen pro Exemplar 2 Mk.

Nie erlahmen

darf die Arbeiterschaft in dem Bestreben, für ihre Ziele Propaganda zu machen. Das beste Hilfsmittel dabei ist

die Arbeiterpresse.

Setzt ist die beste Gelegenheit, neue Leser und Abonnenten zu werben. An dieser Arbeit muß sich jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse beteiligen. Jeder muß dessen eingedenk sein, daß es Pflicht ist, bei jeder Gelegenheit

für den „Lübecker Volksbote“ zu agitieren.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Löwig; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stellung. Verleger: E. H. Schwärz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Holstenhaus Der Ausverkauf

G. m. b. H.

Lübeck.

dauert unverändert fort.

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

D. C. F.

Donnerstag abend 8 1/2 Uhr
Versammlung

im Vereinshaus, Johannisstrasse 50-52.

Für die mir gewährte Unterstützung von M. und dem Transportarbeiter-Verband sage ich Ihnen herzlichsten Dank.

J. H. Wichmann, Wafenikmauer 88.

Zwei junge Frauen suchen Beschäftigung in Bau reinmachen. Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Gesucht geübte Koloristin

Buchdruckerei Werner & Hörnig
Königsstraße 47.

Gesucht per 1. April ein kanibische außer der Schutzzeit

Leinrich Stegemann, Dankwartsgr. 64.

Gesucht zum 1. Juli eine Dreizimmer-Wohnung von sehr ordentlichen Leuten, in der Nähe der Schwartauer Allee, im Preise von 220-250 Mk. Offerten unter A B 3 an die Expedition d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli eine Wohnung im Preise von 200-220 Mk. vor dem Hofstentor. Angebote unter R an die Expedition d. Bl.

Möbl. Zimmer zu vermieten
Kintendstraße 3a, part.

Herr schaftl. u. einfaches Mobilar kost. bis Mai für jeden annehmbaren Preis zu verkaufen, als: Blüschgarn, Vertikow, Spiegel mit Schrank, Salonarm, Schreibstisch, Trum, Salon- und Ausziehtisch, Bettstellen, Kleiderschrank, Waschtisch, Teppich, Bilder u. versch. mehr.
Wahlfstr. 88, str. links.

Ein Kinderwagen und eine festgehende Stube zu verkaufen.
Schwartauer Allee 86.

Ein Kinderwagen mit Gummireifen und ein Sportwagen zu verkaufen.
Börcherstraße 11.

Ein Sportwagen zu verkaufen
Gimkenstraße 2, Hinterhaus.

Eine eiserne Bettstelle
billig zu verkaufen. Al. Kiebau 10, part.

Eine eiserne Bettstelle
billig zu verkaufen. Armbruststraße 42a.
Sommerüberzieher, mittlere Figur, Kotsolentanker und helle Sportkare zu verkaufen.
Sadowstraße 31, II.

Ein Konfirmations-Badet
billig zu verkaufen.
Große Petersstraße 20, II. links.

Ein zweiter, neuer Waschtisch
preiswert zu verkaufen. Offerten unter F D an die Expedition d. Bl.

Pflanz-Bohnen Hinrichsriesen
Dornstraße 48.

Ein mittelgroßer, schwarz und weiß gezeichnet Hund
zu verkaufen.
Näheres Konjum-Verein Fadenburg.

Gesucht ein kleines Haus
mit Hof, mitten in der Stadt. Preis 6500 Mk. Anzahlung 500 Mk. Angebote unter J 12 an die Expedition d. Bl.

Unterricht in allen praktischen und feinen Handarbeiten wird erteilt.
Monatlich 50 Pf. Kottwitzstraße 54, part. r.

Meinen verehrten Kunden und Gönnern mache ich hierdurch die ergebene Mitteilung, daß ich auf vielfältigen Wunsch hin jetzt die Rabatt-Sparmarken eingeführt habe, und zwar gebe ich auf Brot 5 % Rabatt, also auf je 20 Fig. 1 Fig.

E. Bahls, Bäckermeister, Fadenburg.
Damen-Sohlen und Abzüge . . . 2,70 Mk.
Herren-Sohlen und Abzüge . . . 1,50 Mk.
Kinder-Sohlen und Abzüge . . . von 1.- Mk.
Johannes Voß, Süßstraße 90.

Es leucht' ein Stern auf dieser Welt,
Ein and'rer, wie am Himmelszelt;
Um diesen Wunderstern zu sehn,
Muß man „Zur ewigen Lampe“ gehn.
5 Johannisstrasse 5.

H. Luckmann.

RHEINPERLE UND SOLO

Verwendet
anstatt der teuren

Butter

nur die feine Margarine

Rheinperle

oder

Solo in Carton.

VON BUTTER NICHT ZU UNTERSCHIEDEN.

SIND DIE KONKURRENTEN DER TEUEREN NATUR-BUTTER.

Tapeten-Rehm

neben dem Stadttheater **Beckergrube 20** gegenüber der Markthalle
Große Auswahl. Nur Neuheiten. Billigste Preise.
Verlangen Sie bitte Muster.



Ein Kenner kauft nur Brennabor-Räder, da dieselben nicht teurer wie andere Marken und ausschließlich mit Continental prima Reifen und Ia. Lederzeug montiert sind.

Nur bei
H. A. Hill Nachf. Walter Schmidt
obere Johannisstraße 9. — Fernruf 1129.

Gegenseitige Teilzahlung.

Niederlage
der E. E. österreichischen
Regie-Tabakfabrikate
bei
Hermann Kersten
Zigarren-Spezialgeschäft
obere Hüxstr. 8
empfeht
Zigarren u. Zigaretten
Rauhtabake
für Zigarren und Zigaretten
in größter Auswahl.

Bunteküh-Kornkümmel
Krummesser
Cognac 1/2 Fl. u. L. 20 an. Rum Berich. u. 80 Pf. an
bei Bernhard Grube, Ladestraße-Allee 25.

Landschinken, Schinkenspeck, Landspeck
empfeht
Bernhard Grube, Ladestraße-Allee 25.

Sämtl. Sämereien, blühende Topf- und Gartenpflanzen sowie sämtliche Binderer von Naturblumen empfiehlt
Blumenhandlung, Schützenstraße 56.

Carl Folkers
Möbel-Magazin
25 Marlesgrube 25.
Vollständige Wohnungseinrichtungen.
Selbstgefertigte Arbeiten.
Größte Auswahl.
Billigste Preise.
Weitgehendste Garantie.
Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig.

Lieferung frei Haus
auf eigenem Möbelwagen.
Teilzahlung gestattet.
Bei Barzahlung Rabatt.
Geh. rote lubaca-Marken.

Ackerland
ca. 7 ha, in kleinen Parzellen auf mehrere Jahre zu verpachten.
Callies, Wesloe.

J. Westphal, Bau- u. Schiffs-Klempner
Engelswisch 16. — Fernruf 128 1.

Empfehle meinen Rasier-Salon
Pegelastraße 12, nahe der Wafenstr.
Helmut Koch, Friseur.

Holzarbeiter-Verband
(Zahlstelle Lübeck).

Außerordentliche
General-Versammlung
der
Krankenunterstützungskasse
am Donnerstag, den 26. März
abends 8 1/2 Uhr
bei Herrn G. Schröder, Lederstraße 3.
Tages-Ordnung:
1. Statutenänderung nach §§ 4 und 7.
2. Verschiedenes.
Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Verein
Stockelsdorf.

Versammlung
der weiblichen Mitglieder
am Donnerstag, d. 26. März,
abends 8 1/2 Uhr,
im Lokale des Herrn Paetau,
Fackenburg.
Um zahlreiche Beteiligung bittet
Die Vertrauensperson.

Arbeiter-Bildungsschule
Lübeck.

Donnerstag, 26. März 1908:
Rede-Uebung
Thema: „Der Freiheitskampf des deutschen Volkes im 19. Jahrhundert.“
Vorher: Kartenabrechnung vom Lieberabend.
Der Vorstand

Panorama
Breitestraße 33, I. Etage.
Vom 22. bis incl. 29. März:
Letzte Serie in der Saison.
Tirol.
Oetztaier und Ortler-Alpen.

Hansa-Theater
Letzter Spielplan 07/08

Harry Lamore.
Angèle Lescaut.
Litke Karlsen.
Terzett Philomèle
und die nur für diese Woche engagierten
Künstler.
Vorverkauf bei Sager bis 5 Uhr.

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: L. Piorkowski.
Donnerstag, 26. März. 7 1/2 Uhr.
128. Abonn.-Vorst. 25. Donnerstags-Abon.
Der Waffenschmied
Kom. Oper in 3 Akten von Lorzing.
Freitag: Zum letzten Male:
Die lustige Witwe.
Sonnabend: Volkstümliche Vorstellung.
Wohltätige Frauen.
Sonntag: 4 Uhr. Zigeunerbaron.
7 1/2 Uhr: Hauptmann-Novität!
Kaiser Karls Geisel.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 23. März 1908.
(Schluß).

Klein fragt an, ob die Friedhofarbeiter unter Fortzahlung ihres Lohnes beurlaubt werden.

Wissell beantragt 2500 Mark für die Anlage eines neuen Gewächshauses auf dem Friedhofe vor dem Burgtor zu streichen. Ein so kostspieliger Bau ist für einen Friedhof, der an der Grenze seiner Betätigungsfähigkeit angelangt ist, nicht nötig.

Pastor Evers: Die Errichtung des Gewächshauses auf dem Allgemeinen Gottesacker würde auch dem Vorwerker Friedhofe zum großen Nutzen gereichen.

Senator Fehling tritt für die Bewilligung der geforderten Summe ein.

Wissell meint, daß wenn tatsächlich der Bau eines Gewächshauses notwendig wäre, so müsse dasselbe doch auf dem Vorwerker Friedhofe errichtet werden, da dort die Gewächse in Zukunft doch am meisten gebraucht werden.

Dr. Ziehl bedauert, daß der Vorsitzende der Kirchhofs- und Begräbnisbehörde nicht anwesend ist.

Der Antrag Wissell wird darauf abgelehnt.

Beim Titel „Inventar“ erlucht Wissell, die Position um 1750 Mk. zu kürzen, da die geforderte Summe von 2170 Mk. größtenteils zu Neuananschaffungen, die nicht notwendig seien, verwendet werden sollen.

Pastor Evers bittet, es bei der beantragten Summe zu belassen.

Der Antrag Wissell wird darauf abgelehnt.

Titel „Entschädigung der Kirchenbeamten“.

Wissell fragt an, wie es kommt, daß im Etat für 1908 an acht untere Kirchenbeamte Entschädigung gezahlt werden solle, während es im vorigen Jahre nur sieben waren.

Pastor Evers: Der Kirchenvogt vom Dom ist noch hinzugekommen; ihm war freigestellt worden, in den Dienst des Staates zu treten. Da er das ablehnte, mußte ihm eine Entschädigung von 600 Mk. gezahlt werden.

Wissell beantragt, diese 600 Mk. zu streichen.

Als Pastor Evers Wissell vorwirft, er mülle an allen Dingen, verwahrt sich Wissell mit Nachdruck gegen diesen Vorwurf.

Nach weiterer Debatte, in der darauf hingewiesen wird, daß der Domvogt die 600 Mk. auf Grund eines Rat- und Bürgerausschusses beziehe, zieht Wissell seinen Antrag zurück.

Kapitel „Beitrag zu den Kosten des Polizeiamtes“.

Dr. Ziehl wünscht Auskunft über die Abfuhr des Urats aus den Wohnungsgängen.

Senator Kulenkamp: Diese Angelegenheit unterliegt noch der Prüfung und steht ein umfangreicher Bericht in Aussicht.

Heinrich kritisiert das Lübecker Abfuhrwesen und wünscht eine Prüfung desselben.

Senator Kulenkamp macht längere Ausführungen über das Abfuhrwesen, bleibt jedoch im wesentlichen unverändert.

Klein fragt an, ob den Straßenreinigern ein Urlaub unter Fortzahlung ihres Gehalts gewährt wird.

Senator Kulenkamp: Wenn Straßenreiniger Urlaub wünschen, so ist ihnen ein solcher unter Fortzahlung ihres Gehalts gegeben worden.

K. Kähler bemängelt, daß in der Breitelstraße die Arbeiter bereits abends 8 Uhr herausgestellt werden.

Lauenstein weist darauf hin, daß die Rehrmaschinen in Lübeck gerade dann in Funktion treten, wenn der Verkehr recht stark ist. Am besten wäre es, wenn entweder morgens ganz früh oder im Dämmerung gekehrt würde.

Wangels spricht im Sinne des Vorredners.

Senator Kulenkamp verspricht, den Wünschen, die eben zum Ausdruck gekommen seien, nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Jenne: Auch in Berlin wird beispielsweise in der belebten Friedrichstraße während der Tageszeit mit den Rehrmaschinen gekehrt.

Kapitel „Straßenpflasterung, Wege- und Sielanlagen“.

Lauenstein rügt die schlechten Verhältnisse eines Teiles der Fackelburger Allee.

Kapitel „Verschiedenes“.

Buchwald vermischt eine Abrechnung über die von der Verwaltungsbehörde verwalteten Häuser und wünscht Auskunft darüber, wo dieselbe zu finden ist.

U. Wape äußert sich in der gleichen Richtung wie der Vorredner.

Grund- und Gebäudesteuer.

Dr. v. Brock: Durch die Grundsteuererhöhung wird weniger der kleine Besitzer, der nur ein Haus hat, getroffen, sondern vielmehr das Baugewerbe und die Unternehmer, die mehrere Gebäude besitzen. Ich will trotzdem der Festlegung der Grund- und Gebäudesteuer, wie sie im Budget vorgeschlagen ist, nicht widersprechen, weil eine Reform derselben, wodurch stabile Verhältnisse geschaffen werden, in Bälde zu erwarten ist. Redner ist für die Heranziehung der Mieter zur Tragung der Grund- und Gebäudesteuer und weist auf die in Aussicht stehende Besteuerung nach dem gemeinen Wert hin. Man müsse leider für dieses Jahr den Vorschlägen des Senates folgen.

v. Schaaf: Die Mietsen sind in Lübeck im Vergleich zu anderen Städten außerordentlich niedrig. So gut, wie man den Stand der Hausbesitzer heute besonders zu der Deckung des Defizits heranzieht, könnte man ja auch beispielsweise dem Beamtenstand besondere Lasten aufbürden; mit Recht würden sich dieselben hiergegen wehren, und das tun die Hausbesitzer auch. Die Hausbesitzer wollen vor allem einen festen Steuerfuß.

Senator Dr. Fehling: Wir sind mitten in der Steuerreform. Die Opposition gegen die Grund- und Gebäudesteuer datiert erst von dem Zeitpunkt, seitdem die Hausbesitzer eine Vereinigung haben. Die bisherige Höhe der Grund- und Gebäudesteuer ist durchaus gerechtfertigt, zumal auch die Wertsteigerung der Grundstücke einzig den Hausbesitzern zugute kommt. Die Aufhebung des § 8 des früheren Grund- und Gebäudesteuergesetzes (Rückstattung der Steuer durch die Mieter) ist vor sechs Jahren auf Drängen der Bürgerschaft erfolgt; der Senat hatte zunächst große Bedenken.

Recht gibt eine Schilderung der Vorgänge bei der Aufhebung des § 8. Man hätte damals nicht daran gedacht, die Grund- und Gebäudesteuer zur Deckung des Defizits zu verwenden.

Senator Dr. Fehling: Ich wollte nur feststellen, daß die Bürgerschaft die Aufhebung des § 8 gewünscht hat.

Stender: Es ist beinahe nicht zu verstehen, daß der Steuerfuß von 6 auf 8 Prozent erhöht wird, denn nicht gerade alle Hausbesitzer sind wohlhabende Leute; im Gegenteil, viele Mieter haben größere Einkommen als die Hausbesitzer. Der § 8 hatte für die Hausbesitzer wenig Wert.

Senator Eschenburg: Augenblicklich befindet sich zwar das Baugewerbe in einer Krise, aber die Belastung der Hausbesitzer ist nicht allzu schwer. Wünschenswert mag es ja sein, die Grund- und Gebäudesteuer auf die Mieter abzuwälzen.

Senator Dr. Fehling: Herr Stender hat maßlos übertrieben, als er sagte, daß fast nur noch Grundstücke im Wege der Zwangsversteigerung veräußert werden. Das Gegenteil beweist die Veräußerungsabgabe.

Dr. v. Brock vertritt nochmals seinen Standpunkt. Er ersucht, ein, daß die Mieter zu den Kosten des Staates herangezogen werden, indem man ihnen staatlicherseits auslegt, einen Teil der Grund- und Gebäudesteuer zu zahlen.

Stender erwidert auf die Ausführung des Senators Dr. Fehling.

Senator Eschenburg tritt dem entgegen.

Wissell: Es ist keine Überproduktion an Wohnungen vorhanden, denn nach der amtlichen Statistik gibt es nur 1 Proz. leerstehende Wohnungen.

Senator Eschenburg: Wenn gegenwärtig keine Überproduktion an Wohnungen vorhanden ist, so ist das ein Zeichen für die beginnende Gesundung des Wohnungsmarktes.

Zeichen für die beginnende Gesundung des Wohnungsmarktes.

Darauf wird der gesamte Voranschlag der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten mit den beschlossener Abänderungen genehmigt.

Dienstag: Beratung des Staatsbudgets.
Schluß 10 1/2 Uhr.

Soziales und Parteileben.

Zur Frage der Grenzstreitigkeiten. Um Grenzstreitigkeiten nach Möglichkeit ganz zu verhindern, nahm das Gewerkschaftskomitee zu Magdeburg einen Antrag an, wonach die Vertreter aller Organisationen sich verpflichten, Übertrittsgesuche von Mitgliedern anderer Verbände erst dann anzunehmen, nachdem das Mitgliedsbuch vorgelegt wird und dasselbe den Vermerk der Verbandsleitung enthält, daß die Abmeldung ordnungsmäßig erfolgt ist. Solange ein Arbeiter in seinem Berufe tätig ist, für den seine bisherige Organisation zuständig war, darf er in eine andere Organisation nicht aufgenommen werden. — In Lübeck besteht diese Einrichtung schon seit längerer Zeit.

Zur gewerkschaftlichen Einigung. Den Beschluß, betreffend Zusammenschluß der Freien Vereinigung der Bauarbeiter Deutschlands mit dem Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands, erkannten bisher die Vereine von Berlin, Köpenick und Friedrichshagen, die, nebenbei bemerkt, zum Lehngewerblich Groß-Berlin gehören, an. Auch die Organisation der Staater von Berlin macht diesen Beschluß zu dem ihrigen.

Der Tarifvertrag im Schneidergewerbe. Der gemeinschaftliche Tarifvertrag der beiden Organisationen ist am Freitag vom Gewerbegericht in Leipzig endgültig abgeschlossen worden. Es ist also nun die Aufgabe des Unternehmerverbandes, seine Mitglieder zu strengster Einhaltung des Tarifs zu verpflichten. Eine im Volkshaus zu Leipzig abgehaltene Gehilfenversammlung hat dem Tarif zugestimmt.

Reichsverband oder Polizeipfeiferband! Man schreibt aus Hannover: Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie in Hannover hat an Schwärzerei gegen den 18. März, das Menschenmögliche geleistet. Bei ihm fragten die Arbeitgeber an, was sie an diesem Tage im Falle einer Arbeitseinstellung tun sollten. Die Antwort war: Ausspannen. Um ihn einmal der Polizeipfeifelei zu überführen, war am Montag vor dem 18. März, von einem Genossen das folgende Schreiben mit Schreibmaschine hergestell:

Streng vertraulich!
Werte Genosse! Kurz vor Loresschluß wollen wir Sie nochmals daran erinnern, daß die Demonstration am 18. März eine in jeder Beziehung muntergültige sein muß. Sie werden für Ihren Bezirk jedenfalls alle Vorbereitungen getroffen und für genügende Instruktion der Teilnehmer Sorge getragen haben, ganz besonders, was den Hauptdemonstrationsakt betrifft. Es kommt alles auf eiserne Disziplin an. Aber die Zahl der Feiernden und Demonstranten haben Sie noch an demselben Abend an dem vereinbarten Treffpunkt Auskunft zu geben. Die Transparente beziehen Sie bestimmt von der bereits vor 14 Tagen angegebene Quelle. Alles muß recht würdig verlaufen, Ungehelichkeiten sind zu vermeiden. Im übrigen wissen Sie, welcher Dienst Ihnen und Ihrem Bezirk zugewiesen ist, da an den Vereinbarungen, die vor 14 Tagen aufgestellt sind, nichts geändert worden ist. Im „Volkswille“ werden nur die Abendversammlungen inseriert. Lassen Sie sich dadurch nicht irreleiten, denn es bleibt unbedingt bei den getroffenen Abmachungen.

Mit Parteigruß: Das Aktionskomitee.
Ein anderer Genosse ging in das Geschäft des Rednerschülers Rischmüller, kaufte sich dort einige Postkarten und verlor dabei ganz unauffällig den mit der Adresse: Herrn Krückeberg, 17. Bezirk, 99. Distrikt, versehenen Brief. Der Rednerschüler rannte sofort nach dem Bureau des Reichs-

Colomba.

Novelle von Prosper Mérimée.

(16. Fortsetzung.)

„Zwei Negationen sind so gut wie eine Bejahung,“ bemerkte Gatticoni, ohne sich im geringsten beirren zu lassen. Tomaso hatte Geld; er aß und trank vom Besten. Es ist keiner von meinen geringsten Fehlern, daß ich von jeher ein Freund von guten Mahlzeiten war, und so kam es, daß ich trotz meines Widerwillens, etwas mit diesem Patron zu schaffen zu haben, mich ein paarmal bewegen ließ, mit ihm zu speisen. Da ich keine Verpflichtung gegen ihn haben wollte, machte ich ihm den Vorschlag, mit mir zu unterhalten. Ein gewisses Frauenzimmerchen, . . . dem ich einigemal gefällig gewesen war, wollte mir die Mittel dazu verschaffen. . . . doch ich will niemanden in Verdacht bringen. Tomaso lehnte ab, weil er, wie er mir sagte, seiner Sache gewiß sei. Der Advokat Barricini habe ihn allen Richtern empfohlen; er würde also weiß wie Schnee und überdies mit reichlich Geld in der Tasche aus der Untersuchung hervorgehen. Was mich betrifft, so hielt ich einen Luftwechsel für das geratenste und suchte deshalb das Weite. Dixi.“

„Alles, was über dieses Menschen Lippen kommt, ist nichts als ein Lügengewebe!“ wiederholte Orlanduccio entschlossen. „Träte ich mit ihm in freiem Felde zusammen, und jeder hätte seine Flinte bei sich, dann würde er nicht so zu sprechen wagen.“

„Da hört einmal, welche Dummheit!“ rief Brandolaccio. „Nehmt Euch in acht, Orlanduccio! ein Streit mit dem Pfarrer ist keine Kleinigkeit.“

„Werden Sie mir endlich die Tür öffnen lassen, Signor della Rebbia?“ sagte der Präsekt, vor Ungeduld mit dem Fuße stampfend.

„Saveria! Saveria!“ rief Orso, „zum Teufel, öffne die Tür!“

„Nur noch einen Augenblick Geduld!“ sagte Brandolaccio. „Wir sind's, die hier zuerst heraus müssen, Herr Präsekt; so will's der Brauch. Wenn man bei gemeinsamen Freunden zusammentrifft, so muß noch eine halbe Stunde lang Waffenstillstand gelten, nachdem man sich getrennt hat.“

Der Präsekt warf ihm einen Blick voll tiefer Verachtung zu.

„Ich halte mich der ganzen Gesellschaft zu Gnaden empfohlen,“ sagte Brandolaccio. „Dann streckte er seinen Arm horizontal vor dem Hunde aus. „Komm, Brusco,“ sagte er, „schnell einen Sprung zu Ehren des Herrn Präsekten!“

Der Hund tat einen mächtigen Satz, und die Banditen rafften in der Küche haltig ihre Waffen zusammen und machten sich durch den Garten schleunigst davon. Gleich darauf hörte man ein schrilles Pfeifen, und wie durch einen Zauber öffnete sich die Tür des Saales.

„Herr Barricini,“ rief Orso mit verhaltener Wut, „in meinen Augen sind Sie ein Fälscher. Noch heute werde ich eine Klage gegen Sie als Mitschuldigen Bianchi's und wegen Fälschung beim Staatsanwalt einreichen. Später werde ich vielleicht eine noch schwerere Anklage gegen Sie vordringen.“

„Und ich, Signor della Rebbia,“ sagte der Maire, „werde Sie wegen gewalttätigen Überfalls im vollen Einverständnis mit jenen Banditen verklagen. Inzwischen wird der Herr Präsekt Sie von der Gendarmerie überwachen lassen.“

„Der Präsekt wird hier tun, was seines Amtes ist,“ sagte dieser in strengem Tone. „Ich werde also Sorge dafür tragen, daß die Gerechtigkeit ihren freien Lauf habe, und daß die Ordnung in Pierranera nicht gestört werden kann. Meine Worte haben für einen jeden von Ihnen die gleiche Bedeutung, meine Herren!“

Der Maire und Vincentello befanden sich bereits außerhalb des Saales, und Orlanduccio war rückwärtschreitend im Begriff ihnen in den Hausflur zu folgen, als Orso ihm leise zurannte: „Guer Vater ist ein Greis, den ich durch eine Ohrfeige zu Boden werfen könnte. Aber, Ihr seids, den ich mir aussersehen habe, Ihr und Guer Bruder.“

Statt der Antwort zog Orlanduccio sein Stilet, und fiel wie ein Wütender über Orso her; aber bevor er noch seine Waffe gebrauchen konnte, hatte Colomba ihn schon am Arme gepackt, den sie fest umklammert hielt, während Orso ihn mit der Faust gegen den Kopf schlug, daß er mehrere Schritte zurücktaumelte und heftig gegen die Einfassung der Tür anprallte. Das Stilet war Orlanduccio's Hand entfallen, aber Vincentello hatte schnell das seinige gezogen

und kehrte in das Zimmer zurück, als Colomba eine Flinte ergreifend es ihm fühlbar machte, daß es hier einen Kampf mit ungleichen Kräften gelte. Zu gleicher Zeit warf sich der Präsekt zwischen die streitenden Parteien. „Wah, Ors Anton! bald treffen wir uns wieder“, schrie Orlanduccio, und die Tür des Saales heftig hinter sich zuwerfend, drehte er, um sich den Rückzug zu decken, rasch den von außen darin steckenden Schlüssel um.

Orso und der Präsekt blieben an zwei verschiedenen Enden des Saales, ohne ein Wort zu äußern, wohl eine Viertelstunde lang unbeweglich stehen. Colomba, auf das Gemehr gestützt, das den Ausschlag gegeben hatte, ließ ihre Blinde von dem einem zum anderen gleiten und von ihrer Stirn leuchtete das stolze Bewußtsein ihres Sieges.

„Welch ein Land! Welch ein Land!“ rief der Präsekt, als er sich endlich mit ungestüher Beweglichkeit von seinem Plage erhob. „Signor della Rebbia, Sie taten Unrecht. Ich verlange von Ihnen Ihr Ehrenwort, daß Sie sich jeder Gewalttätigkeit enthalten und abwarten wollen, was die Gerechtigkeit in dieser verwünschten Angelegenheit entscheiden wird.“

„Ich gestehe es, Herr Präsekt, daß ich Unrecht tat, diesen Glenden zu schlagen; aber da es einmal geschehen ist, kann ich ihm die verlangte Genehmigung nicht verweigern.“

„Ei, was! er denkt nicht daran sich mit Ihnen zu schlagen. . . . Aber, vielleicht wird er Sie mörderisch überfallen. . . . Sie haben es ganz darnach gemacht, ihn dazu zu reizen.“

„Wir werden auf unserer Gut sein,“ sagte Colomba.

„Orlanduccio,“ sagte Orso, „scheint mir ein tapferer Burche zu sein. Herr Präsekt, und ich traue ihm schon Besseres zu. Er war schnell dabei sein Stilet zu ziehen, aber an seiner Stelle hätte ich es grade so gemacht; ich kann vom Glücke noch sagen, daß meine Schwester eine markigere Hand hat, als lo eine verweichtete Städlerin.“

„Sie werden sich nicht schlagen!“ rief der Präsekt, „ich verbiete es Ihnen!“

„Erlauben Sie mir, Herr Präsekt, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß ich im Punkt der Ehre keine andere Autorität über mir erkenne, als mein eigenes Gewissen.“

„Ich sage es Ihnen, Sie werden sich nicht schlagen!“

verbände, und dort war man ganz außer sich vor Jubel und Freude. Sofort wurde der Polizeikommissar Meyer von der politischen Polizei, der ständige Gast in dem Bureau des Reichsverbandes ist, benachrichtigt. Dessen Freunde war nicht minder groß. Sofort wurde der Brief vervielfältigt und etwa zwei Stunden nach seiner Anfertigung war er schon in Hunderten von Exemplaren versandt. Die Polizei in allen Großstädten wurde telegraphisch benachrichtigt. Das „Original“ sandte man sofort als Geheimschrift an den Reichsverband in Berlin, nachdem telegraphisch die wichtige Nachricht mitgeteilt war. So war man der Sozialdemokratie einmal in ihrem Doppelspiel auf die Spur gekommen. Der Generalsekretär des Reichsverbandes zu Hannover, Herr Komoll, erlärte selbstbewußt: Wenn das meine Kollegen erfahren, dann werden sie bersten vor Neid, daß es mir gelungen ist, das zu entdecken. Und in der Geschäftsstelle der konservativen Vereinigung sprach man zu Vertrauten ganz geheimnisvoll: „Wir“ haben ein Schriftstück abgefangen! Anderen Tages schrieben die Blätter des Reichsverbandes, es seien zwar offiziell nur Abendveranstaltungen bekannt gemacht, aber man könne nicht wissen, was sich ereignen werde. Deshalb warnte man das Publikum eingehend und dringlich, den Demonstrationen am Tage ja fernzubleiben. Die Polizei war in feierhafter Aufregung! Am Dienstag mittag ließ der Reichsverband Flugblätter mit Mikoski Demonstrationen verbreiten, und das Unglück wollte es, daß die Verbreiter von der Polizei festgenommen wurden, wahrscheinlich, weil auf den Flugblättern stand: An die Arbeiterklasse! Am Mittwoch morgen nahm die Polizei etwa 20 unierer Flugblattverbreiter, die Handzettel vor den Fabriken verteilten, schon vor 8 Uhr früh fest. Seit 5 Uhr morgens war die gesamte Polizei auf den Beinen und der ganze Erfolg war diese Heldentat, die sie an gewöhnlichen Tagen wie bisher sicher verschlafen hätte. Aber die Wamagie des Reichsverbandes zog noch weitere Kreise. Montag wurde der Brief gefunden, und schon am Dienstag fragte einer der Oberkonzepte des Reichsverbandes, Herr v. Arnim, im Abgeordnetenhaus an, was die Regierung gegen die Märzdemokratie tun wolle. Darauf antwortete der Minister, er habe — Material erhalten. Sein Material war der Brief! So hat denn der Berliner Reichsverband die Anweisung aus Hannover, den Brief sofort dem Minister zu übergeben, ganz getreulich befolgt. Schon am Dienstag war die Feststellung, daß der Reichsverband eine Filiale der politischen Polizei ist, darzulegen. Ein Heer von Kriminalbeamten belagerte das Lokal von Wiedbrauck, weil der Reichsverband der Polizei mitgeteilt hatte, daß dort eine große Sitzung der Gewerkschaftsführer und der Parteileitung tagen sollte. Die wollte die Polizei, wie im Bureau des Reichsverbandes zwischen Reichsverband und Polizei vereinbart war, auflösen! Der Reichsverband ein Polizeivertelshaus! Zu Polizeivertelshaus werden auch noch die Rednerschüler erzogen und mißbraucht! Und diese Organisation benutzen die bürokratischen Parteien zu ihren Wahlen? So lange das Weichengeweicht besteht, war der Polizeispiegel ein verachteter Mensch! Wir werden ja sehen, ob die Nationalliberalen, die mit dem Reichsverband in Hannover schon ein Bündnis geschlossen, moralisch so tief heruntergekommen sind, daß sie die Landtagswahlen mit einer Truppe organisierter Polizeivertelshäuser unternehmen werden.

Aus dem Gerichtssaal.

Das Geld der kleinen Leute verpielt. Wie schon kurz gemeldet wurde am 20. März vor dem Schwurgericht in Elbing gegen den Leiter der verfallenen Marienburg Privatbank, Rudolf Wölke, und dessen Prokuristen Julius Schneider verhandelt. Der Gesamtverlust, der durch den Zusammenbruch der Bank verursacht wurde und den zumeist kleine Leute tragen müssen, beträgt über acht Millionen Mark. Die Anklage lautete gegen den Hauptangeklagten Rudolf Wölke auf betrügerischen Bankrott, Bilanzfälschungen, Depotunterschlagungen und Verletzung von Vermögenssittlichkeiten, gegen den Prokuristen Julius Schneider auf wissenschaftliche Beihilfe zu diesem Verbrechen. Wölke ist 58 Jahre, Schneider 69 Jahre alt. Der Angeklagte Wölke ist im vollen Ansfange geistig. Schneider bestätigt die Angaben Wölkes. Dieser erklärte, er habe viel haßdärre. Gebührt wurde im Hotel zum König von Preußen in Marienburg. Das Geld zum Casardspiel habe er dem Bankvermögen entnommen. Der Aufsichtsrat habe sich niemals um die Depots gekümmert. Auch Schneider sagte aus, der Aufsichtsrat habe niemals Kenntnis von der Richtigkeit der Depots und des Effektenbestandes genommen. Er wisse das allerdings nur aus den Protokollen, den Sitzungen habe er nicht beigewohnt. Die Geschworenen bejahten die Schuldfragen gegen beide Angeklagte. Darauf verurteilte das Gericht den Bankdirektor

„Sie können mich verhaften lassen, mein Herr. . . das heißt, wenn ich mich greifen lasse. Aber, wenn das geschieht, werden Sie weiter nichts erreichen, als daß Sie eine unvermeidlich gewordene Sache hinausgeschoben haben, da Sie ein Mann von Ehre sind, Herr Präsekt, wissen Sie selbst, daß es nicht anders geht.“

„Wenn Sie meinen Bruder verhaften lassen“, ließ sich jetzt auch Colomba vernehmen, „dann steht das halbe Dorf für ihn auf und wir werden ein schönes Gewehrfeuer erleben.“

„Ich mache Sie im voraus darauf aufmerksam, Herr Präsekt“, sagte Oris, „und ich bitte Sie nicht etwa zu glauben, ich wolle nur eine leere Drohung vor Ihnen treiben. . . ich sage es Ihnen also im voraus, wenn Herr Barricini seine Autorität als Maire dazu mißbrauchen sollte, mich verhaften zu lassen, dann werde ich meinen Widerstand dagegen geltend machen.“

„Herr Barricini“, erwiderte der Präsekt, „ist von heute an seiner amtlichen Tätigkeit enthoben. . . er wird sich rechtfertigen, wenigstens hoffe ich das. . . Sie sehen, Signor della Rebbia, daß ich Ihnen wohlwollend gesinnt bin, und was ich von Ihnen verlange, ist weiter nichts, als daß Sie sich bis zu meiner Rückkehr von Corte ruhig zu Hause verhalten sollen. Ich werde nicht lange ausbleiben und in Begleitung des königlichen Staatsanwaltes zurückkehren, um in Gemeinschaft mit ihm diese traurige Angelegenheit vollkommen zu entwirren. Werden Sie mir das Versprechen geben, sich bis dahin jeder Feindseligkeit zu enthalten?“

„Ich kann ein solches Versprechen nicht geben, Herr Präsekt; wenn Orlanduccio mich zu einem Duell herausfordert, kann ich es nicht ablehnen.“

„Wie! Signor della Rebbia, Sie als französischer Offizier wollen sich mit einem Menschen schlagen, den Sie im Verdacht der Fälschung haben?“

„Bedenken Sie, daß ich ihm eine Ohrfeige gab.“

„Aber, wenn Sie einen Galeersträfling geohrfeigt hätten, und er forderte Genugthuung von Ihnen, so würden Sie sich also auch mit ihm schlagen? Kommen Sie zur Ansicht, Signor Oris! Wohlten, ich will meine Forderung noch mehr beschränken. Versprechen Sie mir nur Orlanduccio nicht anzufassen. . . Ich erlaube es Ihnen nicht mit ihm zu schlagen, wenn er Sie dazu herausfordert!“

Rudolf Wölke zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Mitangeklagte, Prokurist Julius Schneider, wurde zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Reichsverbandsgepflogenheiten im Gerichtssaal. Vom Schöffengericht Magdeburg: Vucka wurde ein reichstreuer Schmeidegeselle von der Anklage des Diebstahls freigesprochen. Er sollte einem Logiscollegen einen Ring gestohlen haben, den man offen in seiner Überziehbekleidung fand. In der Begründung der Freisprechung erklärte sich das Gericht mit der Ansicht des Amtsanwalts einverstanden, daß es gerichtsnotorisch sei, reichstreue Arbeiter würden boshaft aus Rache beschuldigt, um ihnen eins zu versehen. Mit demselben Recht könnten wir behaupten: Es ist gerichtsnotorisch, daß nicht alles, was als gerichtsnotorisch bezeichnet wird, den Tatsachen entspricht.

Ein Warenhandbesitzer wegen Meineids verurteilt! Vor dem Schwurgericht in Essen hatte sich am 20. März der Warenhandbesitzer Moritz Nathan von dort wegen wissenschaftlichen Meineids in zwei Fällen zu verantworten. Die Verteidigung führten Rechtsanwalt Dr. Rosenberg und Justizrat Dr. Erum. Es waren gegen 60 Zeugen und drei medizinische Sachverständige, darunter: der Direktor der Grafenberger Irrenanstalt, Sanitätsrat Dr. Veretti, erschienen. Der Angeklagte ist 50 Jahre alt, verheiratet und — von Gemberbergehen abgesehen — noch unbestraft. Es wurde ihm zur Last gelegt in der Strafsache gegen die Verkäuferin Johanna Willmers, in der er als Zeuge vernommen wurde, den vor seiner Vernehmung geleisteten Eid wissenschaftlich durch ein falsches Zeugnis verletzt zu haben und zwar einmal am 16. April 1907 vor dem Schöffengericht und sodann am 4. Juni 1907 vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts. Außerdem war er in sechs Fällen der tatsächlichen Verleumdung junger Verkäuferinnen begangen in der Zeit von 1903 bis 1907 angeklagt. Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde die Öffentlichkeit für die Dauer der Verhandlung vollständig ausgeschlossen. Von den geistlichen Vertretern der beleidigten Mädchen wurden die Strafanträge zurückgezogen, worauf der Staatsanwalt diese Anklagepunkte fallen lassen mußte. Im übrigen beantragte der Staatsanwalt die Schuldfragen nach wissenschaftlichem Meineid in zwei Fällen zu bejahen, unter dem Gesichtspunkte des Milderungsgrundes, daß der Angeklagte sich bei wahrheitsgemäßer Abgabe seines Zeugnisses einer strafrechtlichen Verfolgung ausgesetzt haben würde. Nach 10 Uhr erst erfolgte die Rechtsbelehrung, worauf sich die Geschworenen, denen fünf Schuldfragen vorgelegt waren, zur Beratung zurückzogen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach wissenschaftlichem Meineid in zwei Fällen und verurteilten den Angeklagten in einem Falle, entgegen dem Antrag des Staatsanwaltes, die Milderungsgründe. Das Urteil lautete auf ein Jahr und zwei Monate Zuchthaus. Zwei Monate wurden auf die Unteruchungshaft angerechnet.

Aus Nah und Fern.

Berlin als Einbrecherzentrale. Die Juwelendiebe, die in der Nacht vom 31. Januar d. J. bei dem Goldwarenfabrikanten Böhm in Schwablich-Gmünd Schmuckstücken im Werte von 120 000 Mk. erbeuteten, sind von der Berliner Kriminalpolizei mit ihren Heibern verhaftet worden. Der Einbruch hat jetzt seine volle Aufklärung gefunden. Er war von langer Hand von einem ehemaligen Angestellten der Fabrik, Richard Kaufmann, vorbereitet worden. Kaufmann, der in allen Räumen der Fabrik genau Bescheid wußte, hatte es längst auf die Schätze des Geschäfts abgesehen, verstand sich aber nicht auf einen Einbruch. Er fuhr nach Berlin, um sich einen Einbrecher anzumerben und fand diesen in einer Kneipe in der Auguststraße in einem gewissen August Langfeld. Nachdem sich die beiden über das „Geschäft“ geeinigt hatten, fuhren sie am 30. Januar nach Schwablich-Gmünd und schritten in der nächsten Nacht zur Tat. Am 31. Januar früh morgens waren sie mit der Beute in Stuttgart. Dort verlegte Kaufmann, der nur die wertvollsten Sachen mitgenommen hatte, durch einen Dienstmann eine köstliche Bröckchen. Am 31. spät abends kehrten die Einbrecher nach Berlin zurück. Kaufmann, der im „Verhörfachen“ wenig bewandert war, nahm die Hilfe eines Einbrechers Muraski in Anspruch. Dieser sollte ihm für einige tausend Mark Schmuckstücke verkaufen. Ihn besorgte das auch, steckte aber das Geld in seine Tasche und ließ sich nicht mehr sehen. Die weiteren Pecher Kaufmanns waren der Schankwirt Wilhelm Gufe und dessen Bruder Albert. Kaufmann wurde ver-

„Er wird mich fordern, ich bin gar nicht im Zweifel darüber; aber ich gebe Ihnen das Versprechen, daß ich ihn weder durch eine weite Ohrfeige, noch durch irgend etwas sonst zu einer Forderung reizen werde.“

„Welch ein Land!“ rief abermals der Präsekt und ging mit großen Schritten auf und ab. „Wann werde ich endlich wieder nach Frankreich zurückkehren können?“

„Herr Präsekt“, sagte Colomba in freundlichem Tone, „es ist spät geworden, möchten Sie uns nicht die Ehre geben, mit uns zu frühstücken?“

Der Präsekt gab lächelnd zur Antwort: „Ich war schon so lange hier, daß ein noch längeres Verweilen mich in den Verdacht der Parteilichkeit bringen würde. . . Und dieser verwünschte Grundstein! Es ist hohe Zeit, mich auf den Weg zu machen. . . Fräulein della Rebbia, wer weiß! vielleicht haben Sie heute eine endlose Reihe heillosen Bemerkungen heraufbeschworen!“

„Wenigstens, Herr Präsekt, werden Sie jetzt meiner Schwester nicht länger die Anerkennung versagen, daß Sie ihren Verdacht aus vollster Überzeugung schöpften, und ich glaube, Sie selbst sind nicht mehr im Zweifel darüber, wie sehr er begründet ist.“

„Leben Sie wohl“, sagte der Präsekt und winkte den Geschworenen mit der Hand einen Abschiedsgruß zu. „Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß ich dem Brigadier der Gendarmerie den Befehl geben werde, alle Ihre Schritte zu überwachen.“

„Oris“, sagte Colomba, als der Präsekt sich entfernte hatte. „Wir sind hier nicht auf dem Kontinent. Orlanduccio weiß nichts von euren Duellen, und überdies verliert dieser Glende es nicht einmal wie ein Ehrenmann zu sterben.“

„Meine liebe Colomba, du bist eine wahre Heldin, und ich bin dir zu großem Dank verpflichtet: nur durch deinen Mut bin ich vor dem wohlgezielten Dolchstoß meines Gegners bewahrt geblieben. Gib mir deine kleine Hand, daß ich sie küsse. Aber, ich bitte dich, jetzt sage mir nichts mehr; es gibt gewisse Dinge, die du nicht verstehst. Beileibe dich uns das Frühstück zu besorgen, und sobald der Präsekt unterwegs ist, lasse mir die kleine Chilina kommen, die ein so wunderbares Geschick besitzt, die ihr gegebenen Aufträge zu besorgen. Ich habe einen Brief, den sie mir fortbringen soll.“

(Fortsetzung folgt)

haftet, sein Gefährnis führte die Polizei auf die Spur der Hehler, die ebenfalls festgenommen wurden.

Beschalb Arbeiter gemäßigert werden. Die in der Deutschen Biofop-Gesellschaft zu Berlin, Friedr.straße 296, beschäftigten Mechaniker hatten für die Märzgefallenen einen Kranz gespendet und drei ihrer Kollegen hatten denselben am 18. März niedergelegt. Deswegen wurden zwei derselben sofort entlassen und dem dritten gekündigt. Die Biofop-Gesellschaft scheint sich, wie der „Vorwärts“ vermutet, bei den Behörden in empfehlende Erinnerung bringen zu wollen, um Toleranz für die Darstellungen ihrer Apparate zu erwirken.

Ein Nachspiel zum Gorden-Molke-Prozess. Gegen Maximilian Gorden und seinen Verteidiger Justizrat Bernstein-München ist wegen Verleumdung des Fürsten Philipp zu Eulenburg das Strafverfahren eingeleitet worden. Es fanden eingehende Vernehmungen statt. Es handelt sich um Feststellung des Vorlautes einiger Äußerungen, die Gorden und sein Verteidiger während der Schöffengerichtsverhandlung im Oktober über den Fürsten Eulenburg getan haben sollen. Durch diese Bemerkungen fühlt sich Fürst Eulenburg beleidigt. Es wurden u. a. bereits vernommen der Vorsitzende der damaligen Schöffengerichtsverhandlung Amtsrichter Dr. Kern, die beiden Schöffen und Berichterstatter der Berliner Presse. Bisher konnten keine positiven Momente gefunden werden, die zur Stütze der Beschuldigung dienen könnten.

Zeitungsreklame auf Reichskosten. Die „Frankfurter Zeitung“ macht über die Afrika-Expedition des Herzogs Adolf Friedrich zu Mecklenburg neuerdings interessante Mitteilungen. Die Expedition des Herzogs, von dessen wissenschaftlicher Befähigung wenig bekannt ist, der aber als großer Liebhaber des Jagdsports gilt, ist nicht nur durch Berliner und andere Museen und Institute, sondern auch von dem Reich mit 60 000 Mark unterstützt worden. Und zwar, wie die „Frankfurter Zeitung“ seinerzeit behauptete, auf Bestürmung des Vorgesetzten der landeskundlichen Kommission für die Schutzgebiete, der mit dem Verleger der „Täglichen Rundschau“ identisch ist. Ihren wissenschaftlichen Charakter hat die Expedition erst durch die Teilnahme jüngerer Fachleute der Botanik, Zoologie und Ethnographie erhalten. Zwischen sind einige Berichte des Herzogs in der „Täglichen Rundschau“ erschienen. Das Blatt, das 20 000 Mk. Beitrag zur Expedition geleistet hat, hat dafür das Recht erworben, daß die Berichte der Expedition ausschließlich in seinen Spalten veröffentlicht werden; das amtliche „Kolonialblatt“, das Organ der Regierung, ist darauf angewiesen, sie nachzudrucken! Die Hauptaufgabe der Expedition soll angeblich in der Erforschung der Kuwupulane bestehen, eine Aufgabe, die nach der Versicherung der „Frankfurter Zeitung“ von einem oder mehreren Gelehrten im Auftrage des Reiches viel wohlfeiler hätte gelöst werden können, als durch eine solche eigenartige Verkopplung von amtlicher und privater Expedition, von Sport, Reklame und wissenschaftlichen Zwecken!

Verhaftung eines deutschen Bankiers in der Schweiz. Aus Zürich wird berichtet: Seit einigen Tagen hielt sich hier im „Hotel National“ ein Mann auf, der sich für einen Rechtsanwalt aus Hamburg ausgab. Er zeigte ein sehr sonderbares Benehmen. Sein Zimmer verließ er höchstens des Abends auf einen Augenblick. Das Essen mußte ihm vor die Zimmertür gestellt werden. Mittlerweile erhielt die hiesige Staatsanwaltschaft den hinter dem Hofrat Ludwig Kotschilb aus Bädlingen, Bankier und Mitglied der Großherzoglich Hessischen Handelskammer, wegen betrügerischen Bankrotts und Unterschlagung bedeutender Depotsgeelder erlassenen Steckbrief. Sonnabend morgen begaben sich zwei Unteroffiziere der hiesigen Kantonalpolizei nach dem Hotel und statteten dem angeblichen Hamburger Rechtsanwalt einen Besuch ab. Bei Vorweisung des Steckbriefes gab er sofort seine Identität zu. Er wurde nach der Polizeikaserne gebracht. Von ärztlicher Seite wurde sofort der Transport des hochgradig kranken nach dem Kantonshospital angeordnet. Sein Zustand ist derart, daß es sehr fraglich ist, ob sich seine Auslieferung noch als notwendig erweisen wird. Die bei Kotschilb vorgefundenen Geldmittel reichten gerade noch zur Begleichung der Hotelrechnung aus.

Ein französischer Industriemittler. In Paris wurde der 32 Jahre alte Spekulant Rochette festgenommen, der des Vertrauensbruchs, der Veruntreuung und des Betruges beschuldigt wird. Vor seinem Bureau in der Rue Blanche, das geschlossen war, sammelte sich eine große Menschenmenge an. Der Zutritt wurde aber von der Polizei verhindert. Rochette hatte im Laufe weniger Jahre über ein Duzend industrieller und finanzieller Unternehmungen gegründet, darunter eine Bank Franco-Espagnole und eine Marokkanische Fischereigesellschaft, für welche letztere er auch einige politische Persönlichkeiten zu gewinnen mußte. Er soll für mehr als 80 Millionen Frank. Aktien ausgegeben haben, deren Kurs er durch Veröffentlichung gefälschter Ausweise und Reklame außerordentlich in die Höhe zu treiben verstand und von denen mehrere gestern eine fast vollständige Entwertung erfahren haben. Unter den Geschädigten befinden sich Tausende von kleinen Sparern, die Rochette durch eigene von ihm herausgegebene Finanzblätter angelockt wurde. Rochette war in seiner Jugend Kellner in einem Bahnhofrestaurant gewesen.

Letzte Nachrichten.

Hannover, 24. März. Heute morgen erschoss der etwa 50 Jahre alte Rentier, frühere Hoffschneidemeister Meyer in einem Anfall von Geistesstörung seinen 21-jährigen Sohn, einen Studierenden, und darauf sich selbst.

Helmstedt, 24. März. Auf dem Schachte Ostkauf der Norddeutschen Braunkohlen-Bergwerke in Wölpe ereignete sich gestern nachmittags ein Schwerkunfand-Durchbruch, wodurch 6 Bergleute und 1 Cleve verschüttet wurden. Die Verschütteten sind tot. Die Leichen sind noch nicht geborgen, da die Bergungsarbeiten durch die weiter hereinströmenden Sand- und Wassermengen allgemein erschwert werden.

Santiago de Chile, 24. März. In Batico ist gestern abend eine Pulverfabrik in die Luft geflogen. Es heißt, daß mehrere Dörfer zerstört sind; auch soll eine Anzahl Menschen umgekommen sein. Der Verlust wird auf drei Millionen Piaster geschätzt. — Einer amtlichen Mitteilung zufolge bekränkt sich der durch Explosion in der Pulverfabrik in Batico angerichtete Schaden auf die gänzliche Zerstörung dieser Fabrik. Bei der Explosion wurden vier Personen getötet, dreizehn verletzt. Die benachbarten Dörfer erlitten nur leichten Schaden.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Die Rückkehr.

Von Hugo de Maupassant.

Kurze, eintönige Wellen peitschen die Küste des Meeres. Kleine weiße Wellen, vom Winde getragen, ziehen wie gegen den Ozean sich schlängelnd... Die Frau klopfte die Hände... Die Mutter antwortete: „Was gibst du denn?“

Für unsere Frauen.

Die erstvererbte Frau und der Haushalt. Die Einkünfte der Frau kommen in die Hände der Haushälterin... Die Frauen müssen sich um den Haushalt kümmern... Die Einkünfte der Frau sind oft geringfügig.

Humoristisches.

Aus dem Simplicityhaus. In einem feinen Restaurant in Moskau (Sibirien) hielt man folgende Rede: „Aus öffentlichen Gesundheitsrücksichten wird höflich gebeten, sich nicht in die Servietten zu schlüpfen.“

immer eine blutige Zärtlichkeit entziffern. Abgesehen von den gewöhnlichen Wunden, wie wir sie schon im frühesten Kindesalter kennen, z. B. Epithelwunden, Mabenwürmer usw., tritt dann unter Umständen auch der Handwurm auf, und zwar hauptsächlich da, wo viel rohes Fleisch gegessen wird, was zum Beispiel in Zübingen der Fall sein soll.

Aus untern ganzen Ausführlungen geht schon hervor, daß die Behandlung der Blutarmut bei Kindern eine außerordentlich mannigfaltige ist, denn die verschiedenen Ursachen, die dazu führen können, müssen, wenn man der Sache auf den Grund gehen will, vorher in Angriff genommen werden. Es ist also in erster Linie Sache des Arztes, je nach den vorliegenden Verhältnissen die notwendige Verbindung von Medikamenten nicht irrtümlich zu wählen. Allerdings kommen die pflanzlichen Heilmittel gerade bei Kindern außerordentlich mit in Frage, wobei man auch die Gefährlichkeit als Giftmittel nicht vergessen soll, die manchmal in dieser Beziehung, wenn sie richtig ausgeübt wird, Wunder schafft.

Die erstvererbte Frau und der Haushalt. Die Einkünfte der Frau kommen in die Hände der Haushälterin... Die Frauen müssen sich um den Haushalt kümmern... Die Einkünfte der Frau sind oft geringfügig.

Das anhaltende Eitzen ruft bekanntlich leicht Eranunungen in den Unterleibsorganen hervor, und das ist insofern sehr gefährlich, weil wir ja wissen, welche Wichtigkeit die rechte Zirkulation des Blutes im menschlichen Körper für uns hat. Mit dem Blut im wahren Sinne des Wortes der Lebenssaft des Menschen und treten solche Vorgänge ein, die den regelrechten Blutkreislauf verlangamen und Störungen herbeiführen, so können die in diesem Falle zunächst betroffenen Teile des Körpers, nämlich der Magen und der Darm, ihre Verdauungs- und Ausscheidungsaktivität nicht genügend ausüben, die Nährstoffe nicht genügend verarbeiten, und auch das Blut selbst wird nicht richtig ernährt, kann nicht den Stoffwechsel aufrecht erhalten, nicht die Verdauungsprodukte wegwheimen und nicht die Ernährungsstoffe an ihre Stelle bringen. Die feinen Nahrungstoffe sind verlegt, aber gerade sie sind es, die bis zu den feinsten Zellen hin die Vermittlung und den Austausch von Nährstoffen, Gasen und Körperflüssigkeiten ausüben. Insofern hat die Gesundheit auch in Bezug auf die Blutarmut unter Umständen große Nachteile, weshalb viele Neusten etwas regelmäßiger Bewegungen zwischen den einzelnen Gliedern einzuwirken. Von der Schönheit des Fortens soll hier nicht gesprochen werden, denn sie vertritt sich von selbst. Die Kinderärztin leben wir aber auch häufig einen großen Einfluß der Eingenommenheit, und dieser führt schließlich zu einem chronischen Blutverlust, weil sie beinahe

immer eine blutige Zärtlichkeit entziffern. Abgesehen von den gewöhnlichen Wunden, wie wir sie schon im frühesten Kindesalter kennen, z. B. Epithelwunden, Mabenwürmer usw., tritt dann unter Umständen auch der Handwurm auf, und zwar hauptsächlich da, wo viel rohes Fleisch gegessen wird, was zum Beispiel in Zübingen der Fall sein soll.

Aus dem Simplicityhaus. In einem feinen Restaurant in Moskau (Sibirien) hielt man folgende Rede: „Aus öffentlichen Gesundheitsrücksichten wird höflich gebeten, sich nicht in die Servietten zu schlüpfen.“

Die Einkünfte der Frau kommen in die Hände der Haushälterin... Die Frauen müssen sich um den Haushalt kümmern... Die Einkünfte der Frau sind oft geringfügig.

Die Einkünfte der Frau kommen in die Hände der Haushälterin... Die Frauen müssen sich um den Haushalt kümmern... Die Einkünfte der Frau sind oft geringfügig.

Die Einkünfte der Frau kommen in die Hände der Haushälterin... Die Frauen müssen sich um den Haushalt kümmern... Die Einkünfte der Frau sind oft geringfügig.

